Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag, II., Hybernska 32.

Telephone: Tagesredaktion: 6795. Nachtredaktion: 6797.

Postscheckamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . Kč 16.—
vierteljährlich . . „ 48.—
halbjährig . . . . „ 96.—
ganzjährig . . . . „ 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

4. Jahrgang. Sonntag, 5. Oktober 1924. Nr. 235.

Eine Parade der Gelblinge.

Mit Tschin und Bum, mit Bombast und viel Druckerschwärze, und doch in den weitesten Kreisen unbemerkt, hat sich in den letzten Tagen sozusagen ein Ereignis vollzogen. Die deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei hat ihren zwanzigsten Geburtstag gefeiert. Das geschah durch eine — daß Gott erbarm'! — Festschrift, durch eine in der Geburtsstadt dieser Mißgeburt, in Trautenau, abgehaltene Reichskonferenz und durch immerhin erhebliche Lufterschütterungen, hervorgerufen durch Reden, die aus diesem epochalen Anlasse vom Stapel gelassen wurden.

Es ist nicht zu leugnen, der Nationalsozialismus, — wie das Geschöpf, das ursprünglich Deutsche Arbeiterpartei hieß, erst reichlich später benannt wurde, — hat wie alle extremen Bewegungen stärkeren Zulauf gehabt. Wer in den letzten Jahren, da die durch den Krieg verursachte Verarmung der Völker und Staaten schmerzlich fühlbar wurde und ganze gesellschaftliche Schichten sozial entwurzelte, wer also in dieser Zeit mächtig zu schreien verstand und den Scharen der Malkontenten, der Deklassierten und Irregewordenen versprach, rasch Freiheit und Rettung aus aller Not zu bringen, der konnte sicher sein, gute Geschäfte zu machen. Wer tüchtig auftrumpfte und die Gewalt als Allheilmittel pries, die alles wieder einrenken werde, war des Erfolges seiner Demagogie gewiß. Das konnte man bei den Kommunisten ebenso ersehen wie bei den Völkischen, bei uns Nationalsozialisten genannt. Die Vergeßlichkeit ist leider noch immer eines der verbreitetsten Uebel und so konnten die Völkischen den leider noch Vielen, Allzuvielen, einreden, die Sozialdemokraten und natürlich die Juden seien an allen Uebeln der Welt schuld, wohingegen sie, die Arischblütigen, in dieser Stunde der Not gerne bereit seien, das Volk zu lichten Höhen emporzuführen. Sie hatten also Zulauf, freilich auch nicht einen annähernd so großen, als nach ihrer Großschnauzigkeit hätte geschlossen werden können, denn anders als im Namen des gesamten deutschen Volkes zu sprechen, gaben sie es nicht. Besonders nach dem dröhnenden Geschrei ihrer Oberführer Hitler und Ludendorff hätte man meinen können, hinter ihnen stünde die deutsche Nation selbst und alle anderen Parteien waren zu Rudimenten zusammengeschrumpft; bis die Wahlen kamen und zeigten, was hinter dem größenwahnsinnigen Getue steckte.

Immerhin, die kranke Zeit war der Entwicklung des nationalistischen Geschwürs günstig und so ist den Gelblingen auch bei uns mächtig der Kamm geschwollen. Mit der Grandezza und dem Selbstbewußtsein des Hahnes, der auf den Mist steigt, haben in Trautenau die Apostel Hitlers in alle Welt, die allerdings wichtigeres zu tun hat, als ihnen zuzuhören, hinausgekräht: Der Nationalsozialismus marschiert! Und der „Tag" wurde sogar von einem regelrechten Koller befallen. Er schrieb: „Der Nationalsozialismus ist ein Sammelpunkt der wahrhaft Edlen und Wollenden des deutschen Volkes geworden. Bei uns steht der deutsche Adel des Geistes, der Kraft und der Arbeit!" Der deutsche Adel des Geistes, so nennen sich in edler Selbstbescheidenheit die Krebs, Jung, Knirsch e tutti quanti, erließ von Trautenau aus ein „Manifest an die deutsche Arbeiterschaft", das eine Fülle von Perlen deutschen Geistesadels enthält, darunter diese: „Deutscher Arbeiter! Deutsche Arbeiterin! Die Zustände, die heute in Europa herrschen, sind nach dem eigenen Geständnis der internationalen Führer das Werk derselben Internationale, die seit 60 Jahren ihre verderblichen Kräfte spielen läßt. Politisch und sozial ist die jetzige Ordnung Europas nach dem Willen und unter dem entscheidenden Einfluß der marxistischen Internationale entstanden." Danach scheint nach hakenkreuzlerischer Auffassung ein Wesensmerkmal deutschen Geistesadels die Lüge zu sein, die wohl, je fetter und unverfrorener sie ist, als umso adeliger und deutscher gilt. Aber darum verläßt die Bescheidenheit einen echten Gelbling keinen Augenblick. Wenn es in dem Manifest heißt: „Sozial stehen wir vor der grauenhaften Tatsache, daß unser deutsches Volk tributpflichtig ist dem internationalen, überstaatlichen Weltkapital. Das deutsche Volk ist heute der Sklave der ganzen Welt", so ist es gewiß nur Bescheidenheit, wenn die wahrhaft Edlen sich nicht rühmen, daß die Tributpflichtigkeit und Versklavung des deutschen Volkes eine Folge ihrer Kriegshetze und Durchhaltepolitik ist. Was sie nicht verschweigen, ist nur, daß sie sofort wieder bereit wären, eventuell Schulter an Schulter mit den Kommunisten, das deutsche Volk in einen neuen Krieg, in neues und noch ärgeres Verderben hineinzuführen. Aber auch das müßte genügen, um allgemein den Grad der Berechtigung der Dörrgemüse-„Sozialisten" zur Klage über die heutige Notlage des deutschen Volkes zu erkennen.

Auf ihrer Trautenauer Tagung haben die nationalsozialistischen Führer nicht verabsäumt, mit der Größe der Bewegung zu prunken und dem deutschen Volke, wie auch der deutschen Arbeiterschaft im besonderen, Heil und Befreiung durch den Nationalsozialismus in sichere Aussicht zu stellen. Auch ihr Organ findet, es gehe mit Riesenschritten vorwärts, denn was habe man „vor zehn oder fünfzehn Jahren in München, in Berlin, in Deutschland, in der Schweiz, in aller Welt vom Nationalsozialismus gewußt? Nichts, oder soviel wie fast nichts!" Das ist wahr gesprochen; es wäre vergeblich zu leugnen, der Nationalsozialismus ist heute berühmt und die Berühmtheit hat auch ihre Berechtigung. Vor zehn und fünfzehn Jahren, als nur die Cihulas und Burschofsky den Geschäftsbetrieb führten und sich damit begnügten, ihre Deutsche Arbeiterpartei heimliche Zutreiberdienste für die deutschen Fabrikanten leisten zu lassen, da war es mit der Berühmtheit noch nicht so weit und außer ein paar deutschen Ausbeutern kümmerte sich eigentlich keine Katz' um sie. Erst seitdem die Hitler und Ludendorff und Ehrhardt, die Freischärler, Landsknechte und Condottieri, die Abenteurer und abgetakelten Weltkriegsverlierer die Geschäftsführung übernahmen und ihre Gewalthaufen bildeten, da ging es wie geschmiert und da war auch die Berümtheit schon da. Heute weiß jeder Schusterbub in München, in Berlin, in Deutschland und in aller Welt, daß der Nationalsozialismus, wie der „Tag" so schön sagt, eine „politisch-sozial-sittliche Bewegung" ist, die den „Schritt vom Wort zur Tat" bedeutet. Auch die Werkzeuge dieser sittlichen Bewegung, Schlagring, Gummiknüppel und Revolver, sind rühmlichst bekannt, ebenso die Tat, die aus dem Wort entstanden ist, denn zahlreiche Hakenkreuze bezeichnen die Gräber der von den sittlichen Völkischen im weiten deutschen Reich heimtückisch Gemordeten und Gemeuchelten. Man kann daher die Berühmtheit des Nationalsozialismus nicht länger anzweifeln.

Eigentlich war es aber doch recht unvorsichtig, an die Vergangenheit der nationalsozialistischen Partei zu erinnern, sie hätte sich mit der Freude an ihrer glorreichen Gegenwart begnügen sollen. Es ist nicht gut, wenn man sich daran erinnert, daß, als sie das Licht der Welt erblickte, deutschnationale Ausbeuter freundlich lächelnd an ihrer Wiege standen, deutsche Fabrikantengelder ihr Taufangebinde waren, und daß sie später durch organisierten Streikbruch und Klassenverrat ihren Nährvätern den Dank abzustatten bemüht war. Es gab wohl eine Zeit, da sich die Deutsche Arbeiterpartei ihrer traurigen Herkunft zu schämen begann und eine wirkliche Arbeiterpartei werden wollte. Im Jahre 1913 wurden „Leitsätze" für die Partei ausgearbeitet, in denen es hieß: „Die Deutsche Arbeiterpartei ist eine Klassenpartei, d. h. sie betrachtet sich vorwiegend als Vertreterin der Forderungen der Arbeiterschaft". Der Entwurf dieser Leitsätze wurde abgelehnt und seither ist von Klassenpartei keine Rede, nur von der „Volksgemeinschaft", in der Ausbeuter und Ausgebeutete wie Tiger und Schaf im Paradiese glücklich dahinleben sollen. Heute rühmt sich der Nationalsozialismus seiner „magnetischen Anziehungskraft", die so stark sei, daß sie sogar Erich Ludendorff und den Feuergeist Adolf Hitler in ihren Bann gezogen habe. Der Nationalsozialismus merkt gar nicht, welches Urteil über ihn in dieser Freude liegt. Es ist wahr, der Nationalsozialismus zieht, seitdem er die Haupttruppe der kapitalistischen und monarchistischen Reaktion geworden ist, mit magnetischer Kraft alle reaktionären Landsknechte, alle Feinde der Demokratie und der Arbeiterschaft an. Darunter gewiß auch verirrte proletarische Elemente. Früher wäre diese Deutsche Arbeiterpartei, hätte sie Arbeiter in ihren Reihen vortäuschen wollen, zu diesem Zwecke einige ihrer Anhänger mit Ruß beschmieren müssen, seither hat ihr die Hochflut des Nationalismus und der Reaktion gewiß auch manchen Proletarier zugespült. Eine Arbeiterpartei ist sie darum doch nicht. Sie ist und bleibt die Partei des Klassenverrats, die Helfershelferin der politischen und sozialen Reaktion. Die nationalistische Hochflut wird verrinnen, dann wird ihre „Berühmtheit" ein Ende haben und kein Proletarier wird sie anders werten als sie verdient: als die Schutztruppe des deutschen Kapitalismus!

Macdonald für sofortige Neuwahlen.

Differenzen über die Wahlparole. — Montag Kabinettsrat.

London, 4. Oktober. (Eigenbericht.) Die Wahrscheinlichkeit von Neuwahlen hat sich in den letzten 24 Stunden verstärkt. Die Arbeiterpartei wünscht aus der latenten Krise herauszukommen, um schnellstens Neuwahlen herbeizuführen. Die Meinungen über die Wahlparole gehen auseinander. Macdonald soll dafür sein, daß das Parlament schon im Laufe der nächsten Woche aufgelöst werde, wenn der konservative Antrag auf Mißbilligung der Aufhebung der Strafverfolgung gegen den kommunistischen Redakteur Campbell zur Verhandlung kommt. Macdonald will in einem Beschluß auf Untersuchung der Angelegenheit ein unerträgliches Mißtrauen gegen den Generalstaatsanwalt sehen und er ist daher geneigt, daraus die Konsequenzen zu ziehen und beim König die Auflösung des Parlamentes zu fordern. Eine starke Gruppe der Arbeiterpartei ist dafür, in dieser Frage dem Konflikt auszuweichen und will, daß der hiefür verantwortliche Generalstaatsanwalt zurücktrete. Sie will die Entscheidung erst bei der Verhandlung des englisch-russischen Vertrages herbeiführen, weil sie darin eine bessere Wahlparole sieht.

Am Montag wird sich das Kabinett endgültig schlüssig werden, ob es Mittwoch die Entscheidung über die Krise herbeiführen will. Macdonald wird wahrscheinlich Dienstag vor dem Nationalkongreß der Arbeiterpartei darüber eine endgültige Erklärung abgeben.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Schweden.

Baldiger Rücktritt der konservativen Regierung.

Berlin, 4. Oktober. Wie der „Lokal-Anzeiger" berichtet, verteilen sich die 230 Sitze der zweiten schwedischen Kammer wie folgt: Sozialdemokraten 104 (Gewinn 11), Kommunisten 5 (Verlust 8), Konservative 64 (Gewinn 2), Bauernbund 23 (Gewinn 2), Liberale 34 (Verlust 7). Von den etwa 1,725.000 abgegebenen Stimmen erhielten die Sozialdemokraten 715.000 (Gewinn 50.000), die Konservativen 449.000 (Gewinn 8000). Der baldige Rücktritt des Ministeriums sei sehr wahrscheinlich, wenn auch die Position der konservativen Partei an sich nicht geschwächt sei.

Branting über die kommende Regierung.

Genf, 4. Oktober. (Eigenbericht.) Zu dem Ausfall der schwedischen Wahlen äußerte sich der ehemalige Ministerpräsident Branting dem Genfer Korrespondenten des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes gegenüber, daß die Sozialdemokratie durch die Wahlen vor die Aufgabe der Bildung einer neuen Regierung gestellt werde. Obwohl sie die Mehrheit noch nicht erreicht habe, sei eine Blockbildung sämtlicher bürgerlicher Parteien gegen die Sozialisten unmöglich.

Der Diktator bittet um Frieden?

Paris, 4. Oktober. Das „Journal" erfährt aus Madrid, daß Primo de Rivera die Absicht habe, an Abd el Krim die Aufforderung zur Einleitung von Friedensverhandlungen zu richten.

Opposition und Regierung in Italien.

Von unserem römischen Korrespondenten.

Wer dereinst die Geschichte des Fascismus schreibt, wird den Aufstieg des Regimes von der Ermordung Matteottis datieren. Die Männer, die die Geschichte der fascistischen Partei in Händen hielten, die Rossi, Marinelli und Filipelli, sowie die Höhergestellten, in deren Interesse sie zu handeln glaubten, erachteten damals ihre Macht für so hoch und unerschütterlich, daß sie sich die Ermordung eines Gegners zutrauten, den der Führer des Fascismus fürchtete und haßte. Aus dieser Ueberschätzung der eigenen Macht kam der Zusammenbruch, der als Folge und Ausdruck der inneren Desorganisation, der Korruption und Vetternwirtschaft des fascistischen Regimes viel langsamer, vielleicht erst nach mehreren Jahren erfolgt wäre. Auch schon vor dem 10. Juni war die Ansicht weit verbreitet, daß der Fascismus zu allem bereit wäre, um seine Macht zu behaupten; als man aber die praktische Anwendung dieser Bereitschaft in ihrer feigen Gräßlichkeit vor Augen sah, wurde der großen Mehrheit des Landes klar, daß die fascistische Partei und die ihr dienende Regierung der Nation etwas wie eine Fremdherrschaft auferlegte und ihr den Weg normaler Entwicklung versperrte. Seit der Ermordung Matteottis fühlt man in Italien, daß es sich nicht darum handeln kann, den Fascismus zu normalisieren, ihn die Krallen der Gewalt zu beschneiden, seine Aussaugung des Landes zu mäßigen; das alles sind unmögliche Dinge: der Fascismus muß weg von der Regierung.

In Italien galt es seit dem Oktober 1922 als ein todwürdiges Verbrechen, die Möglichkeit einer Nachfolge Mussolinis ins Auge zu fassen. Mussolini glaubt sich mit seiner Clique für alle Ewigkeit in der Regierung eingenistet zu haben. Als die Wahlen schwebten, sagten die Fascistenführer: auch wenn wir in der Minderheit bleiben, behalten wir die Regierung; als später die Möglichkeit einer parlamentarischen Opposition ins Auge gefaßt wurde, sagten sie, auch wenn die Regierung ein Mißtrauensvotum erhält, tritt sie nicht zurück. Wer es von den Fascisten gnädig mit dem Lande meinte, sprach von weiteren 30 Jahren fascistischen Regimes. Viele drohten mit 60 Jahren. Aber heute kämpft die Regierung darum, ihr Dasein wenigstens noch Monate hin-

zufristen. Die Liberalen der Fraktion Salandra, die bisher dem Fascismus einen bis zur Selbstvernichtung gehenden Gehorsam gezeigt haben, bringen die Courage auf, in ihrem Organ, dem „Giornale d'Italia", Anspruch auf die Nachfolge Mussolinis zu erheben. Wenn die letzten und knechtseligsten Anhänger der Regierung so reden, muß sich ein großer Umschwung im Lande vollzogen haben.

Dies ist die einzige Bedeutung, die der veränderten Haltung der Rechtsliberalen zukommt. Wenn sie dem Fascismus auf ihrem Parteitag in Livorno, der in der ersten Oktoberwoche stattfindet, den Rücken kehren sollten (was wir übrigens für unmöglich halten), wären sie nur Ratten, die das Schiff verlassen, das darum auch nicht fünf Minuten früher untergeht. Die Wichtigkeit, die die fascistische Presse dem Parteitag von Livorno zuschreibt, ist ganz künstlich. Selbst wenn die Liberalen beschließen sollten, der Regierung ihre Gefolgschaft aufzusagen, so hat das mit der eigentlichen Opposition und deren Kampf ums Recht gar nichts zu schaffen.

Die Koalition der Oppositionsparteien hat am 13. Juni, drei Tage nach der Ermordung Matteottis, erklärt, sich nicht an den Kammerarbeiten zu beteiligen, so lange nicht normale Rechtszustände im Lande herrschen. Diese herrschen noch heute nicht, weshalb die Koalition bei der auf den 15. November angesagten Kammereröffnung ihre Sezession aufrecht erhalten wird. Es handelt sich dabei um keine Kleinigkeit, sondern geradezu um die Funktionsfähigkeit des Parlaments. Ehe sich die fascistische Kammermehrheit am 13. Juni vertagte, hat sie noch schnell das Budgetprovisorium bis zum 31. Dezember bewilligt. Ist es aber angängig, ist es mit dem Geist des parlamentarischen Staates vereinbar, daß eine nur aus der Regierungsmehrheit bestehende Kammer weiter das Budget bewilligt und die Kontrolle der Staatsausgaben durch die Volksvertretung einfach abgeschafft ist? Eine Kammer, der die Opposition fern bleibt, ist allemal keine Volksvertretung; in Italien ist sie es weniger als irgendwo, weil bei dem hier von den Fascisten eingeführten System der Mehrheitsvertretung die Abgeordneten der Mehrheit einfach von der Regierung ernannt werden. Bekanntlich war der hauptsächliche Macher der Mehrheitsliste jener Cesare Rossi, der als Mandant der Mörder Matteottis im Gefängnis sitzt; wer auf der Liste stand, war längst vor dem Wahltag gewählt, weil zwei Drittel aller Mandate derjenigen Liste zufielen, die die absolute Mehrheit im ganzen Lande erzielte, also der Regierungsliste, für die alle Behörden und die Millionen der Großindustrie und der Banken sich ins Zeug legten. Wie will aber nun die Kammer funktionieren, wenn in ihr durch die Sezession der Opposition nur noch die Fascisten unter sich sind?

Der politische Mord, der für den Fascismus nur deshalb eine Dummheit war, weil seine Urheber bekannt geworden sind, hat eine Ausnahmesituation gezeitigt, für die in der Geschichte der anderen Parlamente die Präzedenzfälle fehlen. Glaubt man denn, es wäre einer Intrigue in den Korridoren des Parlamentes gelungen, eine moralische Einheitsfront zu schaffen, wie die der heutigen italienischen Opposition? Damit das geschehen konnte, damit die Klerikalen mit den Sozialisten, die monarchistischen Liberalen mit den Republikanern gemeinsam vorgehen konnten, mußten Werte verletzt und niedergetreten werden, die all diesen Parteien höher galten, als die wahrlich nicht leichtwiegenden Programmsätze, die sie trennten. Durch die Ermordung Matteottis sind nicht nur die Grundrechte des Parlaments verletzt worden, die Schandtat erschüttert die elementare Grundlage der gesellschaftlichen Gemeinschaft.

Und die Stellungnahme der fascistischen Regierung ihr gegenüber hat diesen Charakter der Tat in der Folge noch schärfer hervortreten lassen. Zunächst sagte Mussolini: „die Regierung stemmt die Füße an"; dann ließ er eine in seinem Dienst stehende Zeitung schreiben, daß jede Macht der Justiz vor seiner, Mussolinis Schwelle, Halt machen müsse, denn wenn er es für richtig gehalten hätte, Matteotti aus dem Wege zu räumen, so wäre es als Auswirken der fascistischen Revolution geschehen, die nicht der gewöhnlichen Gerichtsbarkeit Rede zu stehen hätte. In dreimonatlichen Versuchen hat die Regierung gezeigt, daß sie außerstande ist, normale Zustände im Lande zu schaffen. Hier liegt eben der Unterschied, der die jetzt schwankenden Rechtsliberalen von der gesamten Opposition trennt. Die Rechtsliberalen denken, wenn sie dem Fascismus recht eifrig und dringend ins Gewissen reden, dann wird er in sich gehen, sich bessern; er wird die Redaktionen der Oppositionsblätter nicht länger verbrennen, die Vereinslokale der Sozialisten und Republikaner, der Katholiken und Freimaurer nicht länger verwüsten. Mussolini wird sich in sein schwarzes Hemd eine weiße Halskrause nähen und alles im Lande wird eitel Eintracht und Frieden sein. Die Opposition dagegen weiß, daß die Katze das Mausen nicht läßt und der Fascismus die Gewaltwirtschaft nicht aufgibt.

Wenn nun die Opposition, auf Grund dieser Erkenntnis sagen wollte: weg mit dem Fascismus, so würde ihr die fascistische Presse Vaterlandsverrat, Gotteslästerung, die Sünde wider den heiligen Geist der Nation und solche schönen Dinge mehr vorwerfen. Sie braucht aber so gefährliche Worte gar nicht auszusprechen. Die Opposition sagt dasselbe, wenn sie die Rückkehr zur Gesetzlichkeit fordert oder auch diese allgemeine Forderung auf einen ganz konkreten Punkt zusammenzieht auf die Abschaffung der fascistischen Miliz.

Die Miliz ist gleichzeitig das Symbol und das Mittel der Rechtsbeugung. Von ihr geht die systematische Bedrohung der Zeugen aus, die so viele Prozesse gegen Fascisten im Sande verlaufen läßt. Der berüchtigte Camorrist Abbatamaggio, ein vielfach vorbestrafter neapolitanischer Verbrecher, dem Mussolini seinerzeit die Organisation des Fascismus in der Provinz Pisa anvertraut hat, ist von dem Mörder Matteottis, Dumini, Anfang Juni aufgefordert worden, sich an dem Mord zu beteiligen. Als dies vor die Oeffentlichkeit kam und Abbatemaggio vorgeladen wurde, wurde er von Fascisten bedroht, vorsichtig auszusagen, wenn ihm sein Leben lieb wäre. — Als nach dem Mordanschlag auf den Führer der bürgerlichen Opposition, dem früheren Minister und Abgeordneten Amendola die vier Ausführer das Weite suchten, fuhr das Auto sie direkt in die Kaserne der Miliz. Der Karrabiniere, der den Behörden die Nummer des Autos anzeigte, wurde strafweise versetzt und nach der ganzen Sache hätte kein Hahn mehr gekräht (obwohl es sich um einen Angriff im Zentrum Roms am hellichten Tage handelte!), wenn nicht einer der Schergen Matteottis als Angreifer Amendolas identifiziert worden wäre! — Daß im April dieses Jahres ein Fascistenführer von Piacenza, der heutige Abgeordnete Barbiellini, drei Fascisten mietete, damit sie den kommunistischen Abgeordneten Buffoni durch einen Dolchstich aus der Welt schaffen und seine Dokumente stählen (Buffoni ist Rechtsanwalt und führt als solcher einen Prozeß gegen Barbiellini) erfährt man erst heute, wo die Schergen ihren Mandanten anzeigen. Der Diebstahl hat tatsächlich stattgefunden; den Mord auszuführen, paßte den drei Fascisten nicht, obwohl ihnen Barbiellini angeblich gesagt hat, er hätte die Autrisation Mussolinis zu der Sache! — In Melinella (Romagna) ist die Gewalttat chronisch; in der vorigen Woche wurde wieder ein sozialistischer Gewerkschaftler ermordet. Die Sanierung des Ortes hat der fascistische Parteivorstand der Provinz Bologna einem gewissen Regazzi übertragen, gegen dem seit einem Jahre ein Haftbefehl wegen Todschlags schwebt, welchen Todschlag er auch in Melinella begangen hat. Kein Mensch denkt daran, den Haftbefehl auszuführen, der Justizminister (sic.) wohnte in diesem Frühjahr einem Bankett zu Ehren Regazzis bei, mit Ueberreichung einer goldenen Medaille! Ebenso denkt niemand daran, Panzeri zu verhaften, der als einer der Schergen Matteottis von der Polizei gesucht, aber nie gefunden wird, obwohl er ihr fast auf der Nase herumspaziert! Ein Hauptman der fascistischen Miliz mit Namen Malaeria gilt als einer der Mandanten des Mordes, oder als einer der Vorbereiter; er ist mit Gottes und der Behörden Hilfe nach Amerika entkommen. Man könnte diese Liste der Verbrechen beliebig verlängern. Das Gesagte dürfte aber genügen, um zu zeigen, wie das fascistische Regime in der Nähe aussieht.

Bei allem Wechsel der Episoden ist die Situation seit drei Monaten immer die gleiche. Mussolini möchte die chronische Delinquenz zügeln, weil sie seine Regierung diskreditiert und erschüttert. Er kann es nicht, ohne die lokalen Häuptlinge gegen sich zu kehren. Mit diesen will er es nicht verderben, weil er deutlich fühlt, daß er keinerlei Anhang mehr in den Massen hat und seine Herrschaft nur noch auf die Gewalt gründet. Der Versuch, das Regime der Diktatur in ein parlamentarisches hinüberzuleiten, ist mißglückt. Es mußte mißglücken, weil die Diktatur durch Menschen und Mittel geschaffen worden war, die sich nie und nimmer in ein parlamentarisches Regime einfügen konnten. Ob die zwanzig Rechtsliberalen sich weiter mit fascistischen Fußtritten traktieren lassen wollen oder nicht, wird an dem Schicksal des Fascismus nichts ändern. Er muß an der Gewalt sterben, die ihm zum Leben verhalf. Gäbe er heute dem Lande normale Rechtszustände, und also die Freiheit der Meinungsäußerung, so würde er heute fallen, denn die vom fascistischen Druck befreite öffentliche Meinung würde sich mit Wucht gegen ihn kehren. Das weiß er, deshalb erhält er den Druck und mit ihm Rechtszustände, an denen auf die Dauer nicht nur ein Ministerium, sondern auch die Monarchie zugrunde gehen müssen. Man sagt das dem König in allen Tonarten, aber er hat keine Ohren, es zu hören.

Schlußsitzung des sozialpolitischen Kongresses.

Debatte über die Arbeitslosigkeit.

Annahme der Resolutionen über Achtstundentag und Betriebsräte.

Prag, 4. Oktober. Nach dreitägiger Dauer wurde heute der sozialpolitische Kongreß geschlossen, der insoferne eine wichtige Arbeit leistete, als es ihm gelang, die hervorragendsten Sozialpolitiker aller Richtungen aus allen Ländern Europas und auch einzelnen außereuropäischen Territorien auf einem gemeinsamen Standpunkt in zwei für die Arbeiterschaft sehr brennenden Fragen, in der Frage des Achtstundentages und in der Frage der Betriebsräte, zu vereinigen. Dafür spricht die fast einstimmige Annahme der bezüglichen Resolutionen. (Nur die Vertreter der spanischen und italienischen Fascistenregierungen stimmten kontra.) Allerdings mußten einige Gegensätze der einzelnen Delegationsführer in den Kommissionen ausgetragen werden.

Vor Beendigung des Kongresses wurde noch die Debatte über die Arbeitslosigkeit abgeführt. Die Redner der einzelnen Länder schilderten den Stand der Arbeitslosigkeit in ihren Ländern und aus allen Reden klang der Wunsch hervor, der Uebergang von der guten Konjunkturperiode in die schlechte möge vorher organisiert und erleichtert werden. Interessant war die Rede des tschechischen Genossen Macek, der unsere Handelspolitik der Nachkriegszeit durch den Satz: „Wer beim Nachbarn nicht kaufen will, kann nicht erwarten, daß der Nachbar bei ihm kauft", treffend charakterisierte.

Nachstehend der Sitzungsbericht:

Die dritte Plenarsitzung wird vom Präsidenten Thomas um neun Uhr 10 Minuten eröffnet.

Im Einlauf befindet sich eine Anzahl Begrüßungstelegramme, darunter ein solches des Präsidenten Masaryk:

Der Kongreß beginnt hierauf die Debatte über die

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Del. Lazard (Frankreich) bespricht vom nationalökonomischen Standpunkte aus die Periodizität der wirtschaftlichen Krisen, welche eine Periodizität der Arbeitslosigkeit hervorrufen, und schlägt als Mittel dagegen eine zielbewußtere, finanzielle Staatswirtschaft vor, welche durch zeitgemäße Kredite für magere Jahre vorsorgen würde. Auch der Abbau aller Zollhindernisse wäre einer der sichersten Wege zur Beseitigung wirtschaftlicher Krisen. Die Staaten sollten sich soweit als möglich freimachen von dem finanziellen Drucke der Banken. Die wirtschaftliche und industrielle Statistik sollte verbessert werden. (Beifall.)

Del. Geh. Reg.-Rat Dr. Syrup (Deutschland) verweist darauf, daß in Deutschland schon seit langen Jahren eine Erwerblosenfürsorge besteht, welche wohl bald in eine Arbeitslosenversicherung übergehen wird. Auch dieser Redner tritt für eine planmäßige Ausgestaltung der wirtschaftlichen und finanziellen Statistik. (Beifall.)

Del. Prof. Cohen (England): England hat durch vier Jahre die Unterstützung von Millionen Arbeitsloser erteilen und aushalten können, ohne daß dadurch seine Wirtschaft eine Erschütterung erlitten hätte.

Del. Barlez (Belgien) verweist auf die wechselseitige Abhängigkeit der Arbeitslosigkeit und Auswanderung.

Del. Vinck (Belgien): Im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit bilden die Gemeinden ein wichtiges Organ. Als ein glänzendes Beispiel hiefür führt Redner das Bauprogramm der Gemeinde Wien an.

Del. Giesberts (Deutschland) hält die vorgelegte Resolution für etwas dürftig. Die Arbeitslosigkeit ist die Folge der beispiellosen Anarchie auf dem Weltmarkte und deshalb müssen alle

---

41

Der sibirische Expreß.

Roman von Frank Heller.

Copyrigt by G. Müller, München.

„Gut, boxen wir im Plaudern", sagte er. „Eine brillante Idee. Läßt sich sicherlich in England als neue Mode lancieren! Plauderstündchen mit Boxkampf."

Sir Archibald machte einen neuen Ausfall, der den Redestrom des Mannes im Trikot unterbrach.

„Wenn das nicht zwei ausgekommene Narren sind", rief Sir Archibald, „will ich Gott bitten, ewig verdammt zu sein! Merken Sie wohl, ewig verdammt!"

„Exzellenz, nehmen Sie Ihren Wunsch zurück", sagte der Mann im Trikot flehend. „Mein Freund ist vollkommen normal. Nur ich bin verrückt, aber ich bin ebenso verrückt wie Hamlet — oh, oh, ich bitte um Entschuldigung!"

Sir Archibald hatte einen wütenden Ausfall gemacht. Sein Gegner hatte ihn mit einem Stoß pariert, der Sir Archibalds Arm unbarmherzig zur Seite schleuderte und seinen Lauf an Sir Archibalds aristokratischer Johnny-Walkernase beschloß. Die Nase begann zu bluten. Der Mann im Trikot riß Brandstedter das Taschentuch aus der Tasche und überreichte es höflich.

„Das war nicht beabsichtigt", sagte er. „Aber sagen Sie mir; könnten wir nicht ohne alle diese Zeremonien plaudern?"

„Sir Archibald starrte ihn aus blutunterlaufenen Augen an.

„Worüber wollen Sie mit mir reden? Wer sind Sie?"

„Wer ich bin, tut nichts zur Sache. Ich spreche nicht für meine eigene Person. Ich spreche hauptsächlich für die Stadt Danzig."

„Boxen Sie mit mir, um über Politik sprechen zu können?"

„Ja."

„Die Freie Stadt Danzig hat sich einen sonderbaren Vertreter ausgesucht."

„Ich bin nicht akkreditiert. Ich komme aus eigenem Antrieb."

„Das ist gut für den Freistaat. Mein Herr, Sie sehen doch ein, daß Sie mich nicht lange in meinem eigenen Hause gefangenhalten können? Sie sehen ein, daß früher oder später jemand von meinen Leuten kommen wird, ohne daß ich klingle?"

„Ja."

„Sie sehen ein, daß ich Sie dann der Behörde übergeben werde?"

„Ja."

„Und Sie sind sich darüber klar, daß man Sie gebührend bestrafen wird?"

„Ja."

„Es ist gut. Unter diesen Umständen —" Sir Archibald warf Brandstedters Taschentuch fort und wischte sich die Johnny-Walkernase mit seinem eigenen ab, „unter diesen Umständen bin ich bereit, Ihnen — wie viel Zeit war es doch?"

„Eine halbe Stunde zu schenken."

„Eine halbe Stunde zu schenken, falls wir nicht unterbrochen werden. Bitte, beginnen Sie."

Er setzte sich auf seinen Schreibtischsessel zurecht. Der Mann im Trikot blieb mit gekreuzten Armen stehen.

„Ich habe Ew. Exzellenz drei Dinge mitzuteilen. Heute nacht beabsichtigen polnische Truppen den Freistaat Danzig zu besetzen."

Sir Archibald schnitt eine Grimmasse.

„Polnische Truppen! Polen hat den Friedenstraktat unterschrieben. Polen hat Danzigs Sicherheit garantiert. Warum sollte Polen das tun? Was für einen Anlaß hätte es zu einem so eklatanten Rechtsbruch?"

„Polen beabsichtigt das zu tun, um sich freie Munitionszufuhr zu sichern. Exzellenz selbst haben sie ihnen ja über Danzig verweigert. Ich spreche die Wahrheit, und ich habe einen lebendigen Beweis, daß dem so ist. Kennen Exzellenz einen Polen namens Jakub Isotzki? Er ist mein Beweis."

„Den Spion! Ich habe ihn die Treppe hinunterwerfen lassen. Er hat sich eingebildet," Sir Archibald glotzte bedeutungsvoll über den Rand seines imer mehr anschwellenden Nasenrückens, „er hat sich eingebildet, daß man mich aufsuchen kann, auch wenn ich mich weigere, Audienz zu erteilen. Wo haben Sie diesen Isotzki?"

„Es gelang ihm, mir auf dem Wege hierher durchzubrennen — hahaha!"

„Hahaha!" Sir Archibald brach sein Hohngelächter ab, als er fand, daß es kein Solo war. „Warum lachen Sie?"

„Weil ich selbst einsehe, daß es sonderbar ist, sich auf einen Zeugen zu berufen, der durchgebrannte. Verrückter bin ich nämlich nicht. Heute nacht beabsichtigen polnische Truppen Danzig zu besetzen. Das ist das erste, was ich auf dem Herzen hatte. Aber sie kommen wahrscheinlich zu spät. Bevor sie da sind, wollen sich die Bolschewiken in den Besitz der Stadt setzen."

„Bolschewiken! Bolschewiken!" rief Sir Archibald gereizt. „Wissen Sie nichts Besseres? Jeden Tag hört man von Bolschewiken hier und Bolschewiken dort! Nie passiert etwas, hören Sie, nie! Wie sollten die Bolschewiken Danzig nehmen können? Die Armee steht meilenweit von hier. Ich habe nie ein solches Geschwätz gehört!"

„Ich spreche nicht von der Armee, sondern von den Bolschewiken, die sich in Danzig befinden. Danzig hat keine Soldaten und keine Waffen, aber die Bolschewiken in Danzig haben Waffen genug, die sie eingeschmuggelt haben."

„Eingeschmuggelt! Wie sollten Sie das können? Geschwätz, Geschwätz!"

„Ich weiß, daß sie es können, denn ich habe selbst gesehen, wie sie es taten. Erst vor zwei Nächten, als ich in einem Strandkorb bei Zoppot versteckt lag."

„In einem Strandkorb versteckt? Ich habe nie ein solches Sammelsurium gehört. Warum lagen Sie in einem Strandkorb versteckt?"

„Weil die Polizei mir auf den Fersen ist. Ich sah in dieser Nacht drei Bootsladungen Waffen einschmuggeln. Ich weiß, daß es nicht die ersten waren, denn ich kenne den Mann, der das ganze dirigiert. Ich war gestern in seiner Villa gefangen. Die Bolschewiken beabsichtigen, Danzig zu besetzen, und zwar gerade heute nacht. Sie haben alle Vorbereitungen getroffen, um den Coup heute nacht durchzuführen. Sie haben nur auf eine Sache gewartet."

„Worauf denn? Ich schere mich den Teufel um Ihre lächerliche Geschichte. Worauf haben Sie gewartet?"

„Daß die englische Flotte absegelt."

„Und woher konnten sie wissen, daß sie absegeln würde?"

„Das ist einfach. Das wußten sie, weil sie das Geheimnis dem Bedienten Ew. Exzellenz Mister David, abgekauft haben."

Sir Archibalds Augen schwollen um die Wette mit seiner Nase an. Er setzte sich kerzengrade in seinem Sessel auf.

„Was sagen Sie da? Beschuldigen Sie meinen Diener, den Bolschewiken Geheimnisse zu verkaufen?"

„Ja!"

„Sie, der Sie die Polizei auf den Fersen haben. Sie, der Sie mich in meinem eigenen Büro attackieren! Sie — Sie wagen es —"

„Ja. Ich war selbst Zeuge der Transaktion. Ich begreife die Bestürzung Ew. Exzellenz. Aber ich kann Ihnen eines zu Ihrem Troste sagen, Mister David ist nicht der einzige Bediente in Danzig, der mit den Geheimnissen seines Landes Geschäfte macht. Monsieur Raymond, der Lakai bei dem Vertreter Frankreichs, hat dieselbe Angewohnheit.

(Fortsetzung folgt.)

Handelsverhandlungen geleitet sein vom Geiste der sozialen und nationalen Versöhnung, sie müssen zum Ziele haben, die Wirtschaft zu stützen und nicht zu zerstören.

Del. Rist (Frankreich) meint, es werde nicht möglich sein, durch Einflußnahme auf den Diskont den Kredit zu kontrollieren, denn es müßten die großen Emissionsbanken zunächst diesem Vorschlage zustimmen, und selbst wenn sie ihm beistimmen würden, müßten sie die wirtschaftlichen Verhältnisse zwei bis drei Jahre voraussehen können. Man müßte weiters aber auch wissen, wie diese Kontrolle ausgeübt würde. Es hat sich schon wiederholt gezeigt, wie schwierig die Kontrolle in einzelnen Ländern ist, und wieviel schwerer wäre eine internationale Kontrolle.

Del. Dr. Hildebrand (Schweden) bespricht die Fürsorge für die Arbeitslosen in Schweden.

Del. Dr. Pfirrmann (Deutschland) erklärt: Die Arbeitslosigkeit könne nicht mit einem Mittel geheilt werden, daher wäre es eine Quadratur des Zirkels, die Behebung der Arbeitslosigkeit einzig durch die Stabilisation des allgemeinen Preisniveaus durch Kontrolle des allgemeinen Kredites erzielen zu wollen.

Del. Prof. Dr. **Macek** (Tschechoslowakei) erklärt, es gäbe keine andere Politik gegenüber der Arbeitslosigkeit als für Arbeit zu sorgen. Die Arbeitslosigkeit ist weniger ein Argument gegen die heutige Gesellschaftsordnung, als eher gegen die Unhaltbarkeit unserer Sozialpolitik. Arbeitsbörsen, Arbeitslosenversicherung usw. können das Problem der Arbeitslosigkeit nicht ernstlich lösen. Diesem Problem ist nur beizukommen dadurch, daß Arbeit geschaffen wird. Die Arbeitslosenversicherung kann nur ein vorläufiges Mittel sein, um dem Uebel beizukommen. Heute bemüht sich jedes Volk unter jeder Bedingung seine Waren zu verkaufen, wehrt sich aber mit allen möglichen Mitteln gegen die Einfuhr aus anderen Staaten. Eine solche Handelspolitik hindert den Staat, für die Bedürfnisse seiner Bürger zu sorgen. Wer beim Nachbarn nicht kaufen will, kann nicht erwarten, daß der Nachbar bei ihm kauft. Diese Handelspolitik äußert sich in der Form verschiedener Einfuhrgebühren und Lizenzen. Durch sie wird die Produktion behindert, die Arbeiter verlieren ihre Beschäftigung, haben unter einem ständigen Druck auf die Löhne zu leiden, kurz, wir befinden uns in einem Zauberring, aus dem es nicht möglich ist, herauszukommen. Eine Aenderung wäre nur möglich, wenn der internationale Handel von der künstlichen Behinderung der Einfuhr Abstand nehmen würde. Nach Redners Ansicht ist die Konkurrenz das einzige Mittel gegen die Arbeitslosigkeit. Hier eine Aenderung herbeizuführen, wird Aufgabe der neuen Schule der Sozialpolitik sein, einer Schule, die dem sozialen Uebel gleich bei seiner Geburt steuern will.

Del. Mertens (Belgien) hält die Resolution für viel zu allgemein. Er erklärt sich unbefriedigt mit dem, was bisher gegen die Arbeitslosigkeit geschehen ist, und wünscht die Schaffung von Institutionen, die das Elend der Arbeitslosen mildern könnten.

Del. Major Hills (England) stimmt nicht mit der Ansicht überein, daß die Kreditfrage ausschlaggebend wäre in dem Problem der Arbeitslosigkeit und verweist darauf, daß gerade zur Zeit der größten Arbeitslosigkeit in London Ueberfluß an Bargeld herrschte. (Beifall.)

Del. Bellerby (England) befaßt sich besonders mit jenem Teil der Resolution, welcher über die Stabilisation der Preise handelt. Die Stabilisierung der Preise ist nicht nur nötig, um der Arbeitslosigkeit zu steuern, sondern sie stabilisiert auch alle Bedingungen des täglichen Lebens. Fluktuierende Preise sind die Ursache von Unzufriedenheit und führen zu Streiks. Kann man von einem sozialen Frieden reden, so lange die wirtschaftlichen Grundlagen für diesen Frieden hin- und hergeworfen werden durch fluktuierende Preise?

Del. Cohn (Deutschland): Mit dem Gegenstande, der diesem Kongresse zur Beratung steht, hat sich auch die im August 1924 in Karlsbad tagende jüdische Welthilfskonferenz beschäftigt.

Del. Ferenczi (Ungarn) unterbreitet dem Kongreß den Bericht der internationalen Vereinigung für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit betreffend die Arbeitslosigkeit der Intellektuellen. Deren Zahl ist weit größer, als man in der Regel annimmt. Bereits vor dem Kriege bestand eine Ueberproduktion. Die Inflation hat die Wohlhabenheit der Intellektuellen vernichtet, die Stabilisierung der Valuta verursachte eine Herabminderung der beschäftigten Intellektuellen. Das Herabsinken des Standards der Intellektuellen unter den Standard der Arbeiter hat keineswegs eine Verminderung des Besuches von Hoch- und Mittelschulen bewirkt. Es ist schwer, alle Regeln der Politik gegen die Arbeitslosigkeit auf den Fall der Intellektuellen zu applizieren. Den Schwerpunkt erblickt Redner in Präventivmaßnahmen. Der Schutz der Intellektuellen muß auch international erfolgen. (Beifall.)

Abg. Patzel (Tschechoslowakei) befaßt sich mit innerpolitischen Verhältnissen der tschechoslowakischen Republik und wird vom Vorsitzenden Thomas deshalb aufgefordert, zur Sache selbst zu sprechen. — Nachdem er seine Rede beendet hatte, erklärt Vorsitzender Thomas, daß er tunlichst bestrebt war, jedem Redner Möglichkeit zu bieten, seine wissenschaftliche Anschauung zum Ausdruck zu bringen. Das ist aber nicht gleichbedeutend mit der Bewilligung, daß von der Rednertribüne politische Kundgebungen oder politische Proteste vorgebracht werden.

Del. Helminen (Finnland) berichtet über die Maßnahmen, welche zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Finnland getroffen wurden.

Die Sitzung wird hierauf um 1 Uhr geschlossen.

In der Nachmittagssitzung, die um 3 Uhr 5 Minuten vom Vorsitzenden Thomas eröffnet wird, spricht zunächst

Del. Dr. **Labay** (Tschechoslowakei), der das Vorgehen des Präsidiums kritisiert, welches ihm, dem Vertreter von Millionen Slowaken, nicht das Wort erteilen wollte, angeblich deswegen, weil er eine politische Rede vorzutragen beabsichtige. Redner erörtert dann die bekannten Anschauungen der slowakischen Volkspartei betreffend die Selbständigkeit der Slowaken und schildert die Arbeitslosigkeit in der Slowakei. Er verliest eine Deklaration der vereinigten slowakischen Fachorganisationen, durch die der Kongreß aufgefordert wird, die tschechoslowakische Regierung zu ersuchen, sie möge die slowakische Industrie allerorten unterstützen, die Bodenreform gerecht zugunsten der armen Leute durchführen und in der sozialen Gesetzgebung die besonderen Interessen der slowakischen Arbeiterschaft berücksichtigen.

Redner setzt dann seine Ausführungen deutsch fort und wird in dem Augenblicke, wo er auf die Selbständigkeit der slowakischen Nation zu sprechen kommt, vom Vorsitzenden Thomas mit folgender Enunziation unterbrochen:

„Als der Redner beim Präsidium um das Wort ersuchte, wurde ihm dasselbe mit der Bedingung erteilt, daß er nicht über innerpolitische und nationale Fragen spreche. Er, Thomas, konnte den slowakischen Ausführungen nicht folgen, jetzt aber, wo er den Inhalt der Rede kennt, sehe er sich genötigt, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender einzuschreiten. Trotz seiner feierlichen Erklärung bespreche Dr. Labay innere Angelegenheiten dieses Staates, die die fremden Kongreßteilnehmer nicht beurteilen können. Daher entziehe er ihm das Wort."

Die Annahme der Resolutionen.

Der Kongreß zieht sodann die eingebrachten Resolutionen in Verhandlung, die von dem Redaktionskomitee ausgearbeitet wurden.

Del. Prof. Boissard macht auf die gewissenhafte Ausarbeitung der Resolutionen aufmerksam und meint, es sei für den Erfolg dieses Kongresses wünschenswert, wenn diese Resolutionen einstimmig angenommen werden würden.

Die Sitzung wird auf 15 Minuten unterbrochen, um den Kongreßteilnehmern die Resolutionen in Druck zu verteilen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurde die Resolution über den Achtstundentag einstimmig unter lebhaftem Beifall des ganzen Kongresses angenommen.

Zur zweiten Resolution über die Betriebsräte entspinnt sich eine eingehende, mitunter sehr lebhafte Debatte, in welcher die faseistischen spanischen Delegierten und teilweise die italienische Delegation die Resolution für zu „weitgehend" erklärten. Die Resolution wurde mit 271 gegen 21 Stimmen angenommen. Für die Resolution stimmten unter anderem der französische Arbeitsminister Godart und der Vorsitzende des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes Fontaine.

Nach dem vom Del. Fusse (Belgien) erstatteten Berichte wurde die Resolution betreffend die Arbeitslosigkeit einstimmig angenommen.

Sodann wurde die Resolution über die Arbeitslosenfürsorge angenommen.

Nach einem Referate des Del. Boissards wurde auch einstimmig unter lebhaftem Beifall eine von der großbritannischen Delegation eingebrachte Resolution angenommen, in der der Kongreß lebhaft den Schritt der chinesischen Regierung begrüßt, welche die Benützung des weißen Phosphors bei der Zündhölzchenerzeugung verboten hat. Er hofft, daß die chinesische Regierung jegliche Unterstützung finden wird, deren sie zur Durchführung dieses Verbotes benötigen wird und die ihr die anderen Länder oder internationalen Institute werden bieten können auf Grund ihrer Erfahrungen in jenen Ländern, wo die Phosphorvergiftungen mit Erfolg beseitigt wurden.

Nachdem der greise Genosse Greulich Worte des Dankes an den Vorsitzenden Thomas gesprochen hatte, hielt dieser ein temperamentvolles und ungemein mitreißendes Schlußwort, worauf der Kongreß beendet war.

*

Die Beschlüsse des Kongresses.

Der Internationale sozialpolitische Kongreß faßte gestern folgende

Resolutionen:

Der Internationale Kongreß für Sozialpolitik stellt mit Genugtuung eine lebhafte Wiederbelebung der Bewegung für den Arbeiterschutz und für die internationale Arbeiter-Gesetzgebung in allen Ländern fest.

Der Umstand, daß in Prag 1100 Delegierte aus 28 Ländern anwesend sind, zeigt, welcher Einfluß auf die öffentliche Meinung jetzt schon ausgeübt werden kann.

Der Kongreß gibt dem Wunsche Ausdruck, daß diese Kräfte, immer mehr und mehr gruppiert und organisiert, es ermöglichen, das Programm, das man auf dem Züricher Kongreß im Jahre 1897 entworfen hat, und das durch die Unterschriften der Regierungen in den Friedensverträgen bestätigt wurde, in seinem ganzen Umfange zu verwirklichen.

Durch eine energische und andauernde Anstrengung werden die Beschlüsse der Internationalen Arbeits-Konferenzen immer mehr Aussicht haben, künftighin von den Regierungen ratifiziert und durch die Tatsachen verwirklicht zu werden.

Der Kongreß betrachtet es jedoch als seine besondere Pflicht, die öffentliche Meinung aller Länder auf die neuen Probleme der Zukunft aufmerksam zu machen, vor welche sie zugleich die Organisation der Produktion und die Entwicklung des Arbeiterbewußtseins stellt.

Eine neue Sozialpolitik ist geboren.

Sie erstreckt sich von dem notwendigen und primären Schutz der Kinder, Frauen und der unglücklichen Arbeitnehmer in rückständigen Ländern, bis zu der Behauptung der Rechte des manuellen und intellektuellen Produzenten im Produktionssystem und in der allgemeinen Wirtschaft.

Sie versucht diese Rechte in allen Gebieten zu präzisieren und zu verwirklichen: in der Reglementation der Arbeit, in der Sozial-Versicherung, in der Auswanderung etc.

Es erschien jedoch nötig, daß hinsichtlich der Achtstundentages, der Teilnahme der Arbeiter an der Betriebsführung und der Vorbeugung gegen Arbeitslosigkeit, präzise Maßnahmen, schon jetzt geprüft und angenommen werden könnten.

Der Kongreß hat deshalb die nachstehenden Beschlüsse angenommen:

Achtstundentag.

In Erwägung, daß der Achtstundentag den Gesundheitszustand der Arbeitnehmer gehoben, ihr Familienleben günstig beeinflußt, ihnen größere Möglichkeit zu allgemeiner und beruflicher Ausbildung gewährt, das Gefühl ihres Eigenwertes verstärkt und ihnen so als Bürger und Produzenten erhöhte Bedeutung verliehen hat.

in Erwägung, daß nachweislich der Achtstundentag, weit entfernt, die Produktion automatisch zu vermindern, sie sogar zu steigern geeignet ist, besonders dort, wo sie mit einer methodischen Arbeitsorganisation und einer Vervollkommnung der Arbeitsmittel Hand in Hand geht,

in Erwägung, daß der soziale Wert des Achtstundentages ein so überwiegender ist, daß die Schwierigkeiten politischer, wirtschaftlicher oder finanzieller Natur es nicht zu rechtfertigen vermöchten, in einzelnen Ländern Maßregeln zu ergreifen, welche die Gefahr mit sich brächten, daß die allgemeine Anwendung des Achtstundentages aufgegeben und so soziale Kämpfe verursacht würden,

fordert der Kongreß, in der Ueberzeugung, daß die Aufrechterhaltung des Achtstundentages in allen Ländern am besten durch eine internationale vertragliche Bindung der Regierungen gewährleistet wird, die sofortige und vorbehaltlose Ratifikation des Washingtoner Uebereinkommens durch alle Staaten, die Mitglieder der internationalen Arbeitsorganisation sind.

Er fordert ferner die Einführung einer entsprechenden Gesetzgebung in den übrigen Staaten.

Der Kongreß empfiehlt, die Vorteile des Achtstundentages durch internationale Uebereinkünfte, mit den nötigen Anpassungen auf alle Arbeiter zu erstrecken, nachdem Erhebungen über die besten Mittel zur Verwirklichung einer solchen Erweiterung ihres Geltungsbereiches aufgestellt worden sind.

Ebenso verlangt er, daß durch ein internationales Abkommen die Höchstzahl der Ueberstunden, der wöchentliche Ruhetag und die Urlaube für die Arbeiterschaft geregelt werden.

Betriebsräte.

Eine wichtige Tatsache beherrscht das moderne soziale Leben. Die Arbeiter werden sich immer mehr des Wertes der manuellen und geistigen Arbeit im Wirtschaftsleben bewußt. Aus diesem Grunde ist es wichtig, das von den Gewerkschaften schon seit langer Zeit und erfolgreich verfochtene Recht auf Vertretung aller Interessen der Arbeiterschaft gesetzlich zu sichern und zu schützen und in der Organisation des Friedens zu berücksichtigen.

Es ist notwendig, allen arbeitenden Menschen in allen Zweigen des Wirtschaftslebens: in Produktion, Handel, Verkehr und Landwirtschaft, auf Organisation und Verwaltung der Wirtschaft Einfluß einzuräumen. Wenn nur Arbeit die Wirtschaft retten kann, so bedarf die Wirtschaft arbeitsfreudiger, an ihrer Tätigkeit, in der Produktion und in ihrem Berufe interessierter Arbeitskräfte.

Von diesen Erwägungen ausgehend, begrüßt der Kongreß mit Freude und Genugtuung die in mehreren Ländern Europas eingeführte und nunmehr schon bewährte Betriebsrätevorfassung. Hand in Hand mit der Gewerkschaftsbewegung vermögen die Betriebsräte den arbeitenden Menschen ihre sozialen Rechte zu sichern und dem Wirtschaftsleben eine neue schöpferische Kraft dienstbar zu machen.

Der Internationale Kongreß für Sozialpolitik steht auf dem Standpunkt, daß es zweckmäßig sei, die Arbeiter sowohl im Rahmen ihres Berufes als auch ihres Landes zur Mitarbeit an der methodischen Betriebsführung im Interesse einer Hebung der Produktion heranzuziehen. Er verlangt daher, daß in den Unternehmungen auf gesetzlichem Wege und unter Anpassung an die besonderen Verhältnisse der einzelnen Länder Vertretungen der Arbeiter und Angestellten geschaffen werden, mit der Aufgabe, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften über die Ausführung der Arbeitsverträge zu wachen und an der Ausarbeitung und Einhaltung der Fabriksordnungen in allen Fragen mitzuwirken, die sich insbesondere auf die Festlegung der Ruhepausen, der Urlaube und der Ferien, auf die Einhaltung der Mindestlöhne, die in den Tarifverträgen festgelegt sind, auf die Methoden und Lohnzahlung, auf Maßnahmen der Hygiene, der Unfallverhütung und Berufserkrankung, auf die technische Einrichtung und Verbesserung der Betriebe und auf die industrielle und technische Erziehung beziehen.

Der Kongreß ist der Auffassung, daß neben der Schaffung dieser Einrichtung auch eine Zusammenarbeit der Gewerkschaften und Organisationen der Unternehmer in wichtigen Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik gefördert werden sollte. Für diesen Zweck könnte die Schaffung von eigenen Körperschaften unter Berücksichtigung der Betriebsräte vorgesehen werden, deren Aufbau, Zusammensetzung und Wirkungskreis sich nach den besonderen Verhältnissen der einzelnen Ländern richten müßte.

Arbeitslosenfürsorge.

„Der Internationale Kongreß für Sozialpolitik betont die Notwendigkeit, mit Hilfe der Regierungen im Sinne des Ergebnisses der Konferenzen der internationalen Arbeitsorganisation die verschiedenen Maßnahmen weiter auszugestalten, die bis jetzt durch die öffentlichen Arbeitsnachweise und Berufsberatungsstellen, durch Versicherungseinrichtungen und durch eine zweckmäßigere Verteilung der öffentlichen Arbeiten unter Bedachtnahme auf den Kreislauf des Wirtschaftslebens zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergriffen worden sind.

Der Kongreß ersucht die Anhänger des sozialen Fortschrittes in allen Ländern, die Verhütung von Arbeitslosigkeitskrisen außerdem durch allgemein wirtschaftliche Maßnahmen, sowie insbesondere dadurch anzustreben, daß von den Regierungen, die Befolgung einer Politik zur Stabilisierung des allgemeinen Preisniveaus nach den Beschlüssen der internationalen Konferenz in Genua im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas gefordert wird.

Der Kongreß stellt den Antrag, daß sich die Regierungen alle Maßnahmen in den einzelnen Staaten und alle internationalen Vereinbarungen zu eigen machen, die geeignet sind, die Wanderungsbewegung unter Berücksichtigung der Lage des Arbeitsmarktes zu erleichtern."

Com. Mertens,

Vorsitzenderstellvertreter der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und Generalsekretär der belgischen Gewerkschaften weilt derzeit anläßlich des Internationalen sozialpolitischen Kongresses in Prag.

Die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Verband deutscher Wirtschaftsgenossenschaften und der Verband deutscher Krankenkassen hatten die sozialdemokratischen Delegierten aus allen Ländern, die anläßlich des sozialpolitischen Kongresses in Prag weilten, zu einer geselligen Zusammenkunft geladen, die gestern abends in Prag stattgefunden hat. Die Genossen waren in großer Zahl der Einladung gefolgt; besonders zahlreich waren die Genossen aus Oesterreich, Deutschland, Frankreich, Holland, Belgien und die Vertreter der tschechischen Sozialdemokraten erschienen. Man blieb mehrere Stunden beisammen; die alten Beziehungen zwischen den Vertrauensmännern der Arbeiterbewegung aus den verschiedenen Ländern wurden erneuert, neue Beziehungen angeknüpft. Namens der deutschen Arbeiterorganisationen in der Tschechoslowakei begrüßte die Anwesenden Genosse Dr. Heller. Ihm antwortete Genosse Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, der mit einem Hoch auf die Deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakischen Republik schloß. Dann sprachen noch der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes Oudegeest, sowie der Sekretär der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Umbreit, Genosse Dr. Renner und Genosse Němec. Die meisten Genossen sprachen die Hoffnung aus, daß die alte Kampfgemeinschaft zwischen den tschechischen und deutschen Sozialdemokraten wieder hergestellt werden würde. Genosse Němec erklärte, er hoffe, daß die deutsche und tschechische Sozialdemokratie gemeinsam den Einfluß gewinnen werde, der ihr gebühre.

Aus der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Sitzung der Exekutive der S. A. J.

Die Sitzung der Exekutive der S. A. J., die im Zusammenhang mit der Sechzigjahrfeier der Internationale am 28., 29. und 30. September in London tagte, war von folgenden Parteien beschickt: Armenien (Varandian), Belgien (Vandervelde, van Roßbroeck), Deutschland (Bernstein, Crispien, Wels), England (Allan, Cameron, Cramp), Frankreich (Bracke, Longuet), Georgien (Tseretelli), Holland (Wibaut), Italien (Rondani), Oesterreich (Karl Kautsky), Polen (Niedzalkowsky für die Sozialdemokratische Partei, Kruk für die Unabhängigen), Rußland (Abramowitsch für die Menschewiki, Suchomlin für die Sozialisten-Revolutionäre), Tschechoslowakei (Soukup für die tschechische, Dr. Czech für die deutsche Sozialdemokratische Partei), Ukraine (Bezpalko), Ungarn (Oeyer). Außerdem war der Sekretär Adler, die Mitglieder der Geschäftskommission Brailsford und Wallhead und mehrere Gäste, darunter Huysmans (Belgien) anwesend.

Am ersten Sitzungstag beriet und beschloß die Exekutive das Manifest zum sechzigsten Geburtstag der Gründung der Ersten Internationale.

Am zweiten Sitzungstag wurde zunächst der Bericht des Sekretärs verhandelt und ihm einhellig zugestimmt. Sodann trat die Exekutive in die Beratung der politischen Lage ein, in der die Probleme des Ostens, Rußlands, Georgiens und des Balkans, den breitesten Raum einnahmen. Die Diskussion, an der nahezu alle Mitglieder der Exekutive teilnahmen, wurde durch die einstimmige Annahme zweier Resolutionen über Georgien und zugunsten der Gefangenen auf den Solewietzki-Inseln, sowie eines Berichtes Vanderveldes über die Balkanländer abgeschlossen. Varandian (Armenien) brachte neuerlich die Forderung des armenischen Volkes auf Errichtung einer Heimstätte für die Hunderttausende armenischer Flüchtlinge vor. Die Frage der Garantieverträge wurde auf die nächste Sitzung vertagt und die Genossen Blum (Frankreich) und Brailsford (England) beauftragt, bis dahin ein Gutachten auszuarbeiten. Ebenso wurde beschlossen, bezüglich der Stellungnahme zur Interparlamentarischen Union und ähnlichen Organisationen eine Rundfrage unter den Parteien abzuhalten und das Ergebnis der nächsten Sitzung vorzulegen, ferner die Frage des Uebereinkommens von Washington auf der Tagesordnung zu belassen. Die nächste Sitzung der Exekutive wird im Monat Jänner oder Feber in Brüssel stattfinden. Nachstehend die Resolutionen.

Die Internationale über Georgien.

Das Exekutivkomitee der S. A. J. hat mit Erschütterung die Nachricht über die gewaltsame Unterdrückung des Verzweiflungsausbruches des georgischen Volkes durch die russische Sowjetregierung vernommen, die im Feber 1921 unter Verletzung der feierlich abgeschlossenen Verträge in tiefstem Frieden das benachbarte kleine Georgien überfallen und erobert hatte.

Entgegen allen Forderungen unserer georgischen Genossen und der gesamten sozialistischen Internationale haben die bolschewistischen Machthaber es immer abgelehnt, dem georgischen Volke das Selbstbestimmungsrecht zu gewähren. Durch ein Regime despotischer Parteidiktatur, das keinerlei legale politische Tätigkeit anderer Parteien zuläßt, haben sie jede Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung des georgischen Volkes und eine Regelung der georgischen Frage unmöglich gemacht und dadurch die völlig entrechteten Arbeiter, Bauern und Intellektuellen zur Verzweiflung getrieben.

Die Ermordung von Dutzenden von sozialdemokratischen Geiseln, die mit dem Aufstand schon deshalb nichts zu tun haben konnten, weil sie viele Monate oder sogar Jahre vor dem Aufstande im Gefängnis saßen, findet seine Parallele nur in der niedrigen Verrohung des kapitalistischen Imperialismus während der Krieges.

Die Exekutive erhebt vor der gesamten Arbeiterschaft der Welt feierlichen Protest gegen die blutigen Repressalien, die noch heute kein Ende nehmen wollen. Die russischen sozialistischen Parteien haben ihre internationale proletarische Pflicht erfüllt, indem sie sofort nach dem Bekanntwerden der blutigen Unterdrückung des Aufstandes in Georgien, in einem Aufruf kundgaben, daß der Teil des russischen Proletariats, der in unserer Internationale vertreten ist, keine Verantwortung für die Gewalttaten der derzeitigen russischen Regierung hat, und daß er ebenso wie die gesamte Sozialistische Arbeiter-Internationale das volle Selbstbestimmungsrecht Georgiens anerkennt.

Dieses Selbstbestimmungsrecht zu verteidigen, ist eine Ehrenpflicht der gesamten Internationale, wie es die Verteidigung des polnischen Volkes für die Erste Internationale gewesen ist.

Die Exekutive verpflichtet alle angeschlossenen Parteien, mit ihrer ganzen Energie und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Arbeiter aller Länder zur Unterstützung der folgenden Forderungen des georgischen Volkes aufzurufen:

Zurückziehung der bolschewistischen Armeen aus Georgien.

Freies Resendum der georgischen Bevölkerung.

Die Gefangenen auf den Solowietzki-Inseln.

Die Exekutive der S. A. J. sendet ihre brüderlichen Grüße und die Gefühle der wärmsten Sympathie den heroischen Märtyrern, die in den Kerkern der Solowietzki-Inseln im Hungerstreik sind, um eine Regierung, die sich sozialistisch nennt, zur Erfüllung der elementarsten Rechte der Menschlichkeit gegenüber ihren Gefangenen zu zwingen.

Die Exekutive beschließt, daß die angeschlossenen Parteien unverzüglich eine energische Aktion unter der Arbeiterklasse einleiten, um das Leben der heldenmütigen Kämpfer für die Freiheit zu retten und eine allgemeine Amnestie für politische Gefangene in Rußland durchzusetzen.

Deutschlands Bedingung: Ein Kolonialmandat.

Paris, 4. Oktober. (Havas.) In einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des „Matin" erklärte Graf Keßler, der den Völkerbundsversammlungen in Genf als offiziöser Beobachter der deutschen Regierung beigewohnt hatte, Deutschland würde unter der Bedingung in den Völkerbund eintreten, daß es als gleichberechtigte Nation aufgenommen wird. Darunter versteht Deutschland, daß es auch ein Kolonialmandat bekommt, das für seine wirtschaftliche Expansion unumgänglich notwendig sei. Keßler machte für sein Land Vorbehalte zum Schiedsgerichtsprotokolle, indem er erklärte, Deutschland könne mit seiner kleinen Wehrmacht nicht im vollen Umfange an den Sanktionen teilnehmen. Der Berichterstatter des „Matin" erklärt in einem Kommentar dieser Aeußerung, das Kolonialmandat könne Deutschland wohl nicht abgesprochen werden. Die Vorbehalte Deutschlands zum Schiedsgerichtsprotokolle würden aber auch von den Freunden Deutschlands im Völkerbunde übel empfunden werden.

Aufnahme Deutschlands im Dezember.

Genf, 4. Oktober. (Schw. Dep.-Ag.) Wie aus Kreisen des Völkerbundsekretariats verlautet, wird Deutschland im Monat Dezember in den Völkerbund aufgenommen werden. Zu diesem Zwecke wird eine außerordentliche Session stattfinden, die gegen den 10. Dezember beginnen soll und vier bis fünf Tage dauern dürfte. Die Versammlung, zu der nur je ein Vertreter jedes Mitgliedsstaates erscheinen würde, wird im Sekretariat stattfinden.

*

Richtlinien des Reichskanzlers.

Berlin, 4. Oktober. (Eigenbericht.) Offiziell wird mitgeteilt, daß der Reichskanzler Richtlinien für die künftige Innen- und Außenpolitik entwerfen wird, aufgrund deren die Verhandlungen mit den Fraktionen fortgeführt werden sollen. Heute haben diese Verhandlungen geruht. In der Oeffentlichkeit erwartet man mit Spannung die weitere Entwicklung, zumal die Deutschnationalen durch die gestrige Regierungserklärung der Sozialdemokraten in tödliche Verlegenheit gesetzt worden sind. Im übrigen muß wiederholt darauf hingewiesen werden, daß die Sozialdemokraten keine Sekunde daran gedacht haben, sich zusammen mit den Deutschnationalen an der Regierungsbildung zu beteiligen.

Tagung der Selbstverwaltungskörper.

Ordentliche Hauptversammlung des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper in der Tschechoslowakischen Republik.

Im großen Saale des Volkshauses in Aussig tagt die fünfte Hauptversammlung des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper in der Tschechoslowakischen Republik. Hunderte von Vertretern der deutschen Gemeinden und Bezirke haben sich eingefunden, die Berichte über die Tätigkeit des Verbandes entgegenzunehmen und über die die deutschen Selbstverwaltungskörper besonders bewegenden Fragen zu beraten.

Herr Bürgermeister Dr. Walther-Teplitz eröffnet Samstag vormittags um dreiviertel 10 Uhr die Hauptversammlung, an der als Regierungsvertreter Dr. Schmitzhausen von der politischen Bezirksverwaltung in Aussig teilnimmt, mit der Begrüßung der Teilnehmer, besonders der reichsdeutschen Gäste. Der Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik hat anläßlich der Tagung ein reichausgestattetes Sonderheft der Zeitschrift für Kommunalwirtschaft herausgegeben, das in zahlreichen Artikeln Probleme der deutschen Selbstverwaltungskörper in der Tschechoslowakei behandelt. Herr Dr. Walther spricht dafür dem anwesenden Vorsitzenden des Vereines, Oberbürgermeister Lüttgen-Kiel den Dank aus. Stehend hören die Teilnehmer den Nachruf für die im verflossenen Geschäftsjahr verstorbenen Mitglieder des Verbandes an. Dr. Walther gedenkt ferner der Opfer des Brandunglücks von Nikolsburg, dem Orte der letzten Tagung des Verbandes. Vom Vorsitzendenstellvertreter des Verbandes, Abg. Gen. Cermak, ist ein Brief eingelangt, mit dem Gen. Cermak die Hauptversammlung auf das herzlichste begrüßt, ihren Arbeiten den besten Erfolg wünscht und sein Bedauern ausspricht, daß er infolge des langsamen Wiederaufbaues seiner Gesundheit und der Ueberlastung mit politischen Arbeiten an ihr nicht teilnehmen kann. Zu diesem Briefe erbittet sich Abg. Dr. Lodgman das Wort und sagt, daß wohl niemand in diesem Saale sei, der sich des Ernstes dieses Briefes nicht bewußt wäre. Das Zusammenarbeiten der verschiedenen politischen Parteien, die Aufrichtigkeit und Loyalität der Herren im Vorstande ist die Grundlage für eine gedeihliche Arbeit des Verbandes. An diesen Eigenschaften hat es Abg. Cermak niemals fehlen lassen. Abgesehen von der menschlichen Teilnahme an der Erkrankung des Abg. Cermak erfüllt es mit tiefer Trauer, daß er im Vorstand schwer vermißt wird. Dr. Lodgman beantragt die Absendung folgenden Telegrammes an Abg. Cermak:

> Hauptversammlung hat mit aufrichtiger Trauer Ihr Schreiben zur Kenntnis genommen. Sie muß wohl die Rücksicht auf Ihre Gesundheit als zureichenden Grund für Ihren Entschluß anerkennen und es sich daher versagen, Sie um Annahme einer Wiederwahl zu bitten. Sie tut dies mit sehr schwerem Herzen, denn die reibungslose Tätigkeit des Verbandes ist zum größten Teile auf Ihre stete, kollegiale und tatkräftige Mitarbeit zurückzuführen. Hauptversammlung und Vorstand des Verbandes sprechen Ihnen ihren aufrichtigsten Dank für die gewährte Unterstützung aus, wünschen Ihre baldige vollständige Wiederherstellung und senden herzliche Grüße. Walther.

Es wird hierauf Vizebürgermeister Gen. Pölzl als Stellvertreter in den Vorsitz gewählt.

Bürgermeister Dr. Schöppe begrüßt die Hauptversammlung namens der Stadtgemeinde Aussig und wünscht ihr den besten Erfolg für ihre Arbeiten. Oberbürgermeister Lüttgen-Kiel dankt für die herzliche Begrüßung und übermittelt seinerseits die Grüße des Vereines für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik, deren Vorsitzender er ist und den Wunsch, daß recht viele Vertreter aus den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei als Gäste zu den Städtetagen jenseits der Grenze kommen mögen. Besonderen Dank spricht er den deutschen Gemeinden der Tschechoslowakei für die tatkräftigen Bestrebungen bei den Hilfsaktionen für reichsdeutsche arme Kinder aus, und gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß sich im Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper alle Parteien zusammenfinden, wodurch Garantie gegeben erscheint, daß sich der Verband behauptet.

Gen. Vizebürgermeister Pölzl begrüßt die Hauptversammlung namens der Hauptstelle für Wohnungs- und Siedlungswesen, deren Tagung am 11. und 12. Oktober in Mährisch-Schönberg stattfindet.

In den Prüfungsausschuß werden die Herren Bürgermeister Möser-Kratzau, Kaiser-Turn und Vizebürgermeister Genosse Patzelt-Turn gewählt.

Die Verhandlungsschrift der letzten Hauptversammlung in Nikolsburg lag bis zur gegenwärtigen Tagung in der Verbandskanzlei in Teplitz-Schönau und am Bürgermeisteramte in Aussig auf. Sie wird ohne Debatte genehmigt. Auch die

Tätigkeitsberichte

liegen schriftlich auf, sie werden ebenfalls debattelos zur Kenntnis genommen. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Tätigkeit des Verbandes im abgelaufenen vierten Geschäftsjahre neue Erfolge gezeitigt hat und daß die Zahl der Mitglieder des Verbandes stetig wächst. Die Geldgebarung schließt mit einem kleinen Aktivsaldo ab, kann also mit Rücksicht darauf, daß der Voranschlag mit einem Abgang rechnete, als günstig bezeichnet werden. Die Bilanz, der Verlust- und Gewinnausweis, die Abschlußtabelle per 30. Juni 1924 und der vom Vorstande beantragte Jahresvoranschlag 1923—24 sind diesem Berichte ebenfalls angeschlossen. Das Barvermögen des Verbandes belief sich am 30. Juni 1924 auf 138.648 K 31 h und die ausständigen Forderungen auf 80.663 K 60 h gegenüber 122.154 K 76 h Barvermögen und 85.206 K ausständigen Forderungen am 30. Juni 1923. Bei der Gebarung wurde größte Sparsamkeit und vollste Ausnützung von Zeit und Arbeitskräften als oberstes Gebot beachtet. Die Dienstreisen der Verbandsangestellten wurden auf das geringste noch mögliche Maß eingeschränkt. Eine Vermehrung der Angestellten ist nicht erfolgt, so dringend notwendig die Anstellung einer weiteren Konzeptskraft bei der Teplitzer Kanzlei wäre, deren Geschäfte insbesondere durch die Gutachtertätigkeit außerordentlich gestiegen sind und noch weiter anschwellen.

In organisatorischer Beziehung sind folgende Neuerungen zu verzeichnen: Die Bauberatungsstelle in Prag ist ab 1. August 1923 an die „Deutsche Hauptstelle für Wohnungs- und Siedlungswesen in Prag" übergegangen, welcher der Verband für das Jahr 1924 einen Beitrag von 10.000 K gewährte, wofür die Verbandsmitglieder Anspruch auf kostenlose Beratung in allen Fragen der Baubewegung seitens der Bauberatungsstelle hatten. Zur Wahrnehmung der Interessen der deutschen Selbstverwaltungskörper an der systematischen Elektrifizierung wurde ein vorbereitender Ausschuß eingesetzt, dessen Aufgabe es ist, eine Organisation der deutschen Interessenten an der systematischen Elektrifizierung zu schaffen.

Die Hauptversammlung fand am 24. und 25. November 1923 in der gastfreundlichen Stadt Nikolsburg statt. Der Verbandsvorstand trat dreimal, das Präsidium viermal zusammen. Außerdem wurde in zahlreichen Fällen das Votum der Mitglieder des Präsidiums auf schriftlichem Wege eingeholt.

Gen. Bürgermeister Uhlik-Graupen erstattet den Bericht der Rechnungsprüfer und stellt den Antrag auf Entlastung der Rechnungsführer. Hierauf wird in die Beratung über den Jahresvoranschlag 1924—25 eingegangen. Referent Dr. Seifert. Das Erfordernis des Voranschlages 1924—25 ist gegenüber dem vom Vorjahre, das 533.744 K 68 h betrug, auf 606.500 Kronen gestiegen. Dem veranschlagten Abgang von 142.000 K steht ein Barvermögen von 134.347 K 31 h gegenüber, das aber benötigt wird. Infolgedessen wird die Deckung des Abganges durch die laufenden Einnahmen beschlossen. Zum Voranschlag wünscht Dr. Lodgman das Wort, der zur Post „Rechtsgutachten" spricht. Diese Post wurde im Vorjahre beschlossen und in den Voranschlag eingestellt. Das Ergebnis waren etwa 8000 K an Gebühren. Besonders groß war die Tätigkeit der Gutachter in Kriegsanleihefragen. Es wurden 185 Gutachten kostenlos, 115 gegen eine äußerst bescheidene Gebühr, die keinesfalls die Advokatenkosten und nicht einmal die Postgebühren deckt, abgegeben. Infolgedessen wurde die Post im neuen Voranschlag mit 20.000 K eingesetzt. Es liegt ein Antrag des Bürgermeisteramtes Rochlitz vor, die Hauptversammlung wolle beschließen, daß die Entschädigung für die Rechtsauskünfte dahin abgeändert werde, daß die Kosten von den Mitgliedsbeiträgen gedeckt werden. Eine besondere Zahlung soll erst dann eintreten, wenn die Mitgliedsbeiträge erschöpft sind. Diese Maßnahmen scheinen notwendig, um den Austritt kleinerer, wirtschaftlich schwächerer Gemeinden aus dem Verband zu verhindern. Dr. Lodgman beantragt namens des Vorstandes die Ablehnung des Antrages Rochlitz.

Zur Ernennung der Bezirksverwaltungskommissionen.

Bürgermeister Hartig-Dux wendet sich in scharfen Worten gegen die willkürliche Ernennung der Bezirksverwaltungskommissionen durch die Regierung. Das heutige Forum scheint dazu geeignet, gegen diese Vergewaltigung großer Teile der deutschen Bevölkerung dieses Staates den schärfsten Protest zu erheben. Besonders kraß sind die Verhältnisse in Dux, Postelberg und Bergreichenstein. Während in Genf die Völkerbundversammlung tagt und der Außenminister Benesch dort immer aufs neue die Gleichberechtigung der Deutschen mit den Tschechen betonte, werden die deutschen Einwohner auch um die letzten Reste ihrer Rechte gebracht. Der nächste Bezirk, der daran glauben soll, ist Brüx. Wir können uns auf keinen Fall diese neuen Unterdrückungsversuche gefallen lassen. Auf legalem Wege ist es der Regierung nicht möglich, ihre Absicht durchzusetzen, da bei einer rechtsgültigen Wahl die deutsche Mehrheit nicht wegeskamotiert werden könnte. Redner beantragt folgende Entschließung zur Annahme:

> „Die Hauptversammlung stellt fest, daß die Ernennungen in die neuen Bezirksverwaltungskommissionen derart erfolgt sind, daß die Regierung die Begriffe „Partei" und „Wahlgruppe" entgegen allen demokratischen Grundsätzen und im Widerspruch mit der Entschließung des Abgeordnetenhauses vom April 1921 ausgelegt hat. Ist es schon im allgemeinen mit der Auffassung von Demokratie unvereinbar, daß nicht Wahlen stattgefunden haben, sondern Ernennungen erfolgt sind, so bedeutet die willkürliche Zusammensetzung der Bezirksverwaltungskommissionen außerdem eine Verkehrung des nationalen Kräfteverhältnisses. Die Hauptversammlung muß es den politischen Parteien überlassen, ein geeignetes Vorgehen gegen diese Maßnahmen der Regierung zu beschließen, sie verwahrt sich aber gegen die in diesen Ernennungen liegende abermalige Bedrohung der freien Selbstverwaltung und Hintansetzung des deutschen Volkes."

Die Resolution wird angenommen.

Nächstjähriger Tagungsort:

Eine Reihe von Städten hat sich um die Abhaltung der nächstjährigen Hauptversammlung in ihren Mauern beworben. Der Vorschlag des Vorstandes, ihm die Entscheidung zu überlassen, wird angenommen.

Die Tagesordnung wird dahin abgeändert, daß nunmehr zuerst der Landesausschußbeisitzer Dr. Koberg über

die Grenzen der Polizeigewalt

referiert. Er führt aus:

Durch das Gesetz vom 16. März 1920 wurde die tschechoslowakische Regierung ermächtigt, innerhalb von fünf Jahren, somit bis 16. März 1925, staatliche Polizeibehörden zu errichten, wo immer sie dies für notwendig erachtet. Diese Behörden übernehmen in der Regel den gesamten bisherigen Wirkungskreis der Gemeinde und der politischen Bezirksverwaltung in Polizeisachen. Die Gemeinden sind verpflichtet, für die ersten fünf Jahre nach Errichtung der staatlichen Polizeibehörde zu den Kosten beizutragen und zwar bis zur Höhe der tatsächlichen ordentlichen Auslagen, also nicht allfälliger außerordentlicher Ausgaben, welche die Gemeinde im letzten Kalenderjahr vor der Verstaatlichung aus dem vom Staate übernommenen Aufgaben erwachsen waren. Ferner sind die Gemeinden verpflichtet, dem Staate die Gebäude, Räumlichkeiten und sachlichen Einrichtungen zur unentgeltlichen Benützung zu überlassen, soweit sie den vom Staat übernommenen

Ausdehnung des Porzellanarbeiterstreikes.

Karlsbad, 4. Oktober. (Eigenbericht.) Zu den bereits gemeldeten Porzellanfabriken, welche in den Streik getreten sind, kommen noch die Firma Knoll in Fischern und der Betrieb Dallwitz der Firma Epiag, wo heute die Arbeit nicht mehr angetreten wurde.

Aufgaben gedient haben. Dieses Ermächtigungsgesetz zeigt deutlich die für eine demokratische Republik gewiß merkwürdige Absicht, die Grenzen der unmittelbaren staatlichen Polizeigewalt soweit auszudehnen, als dies dem freien Ermessen der jeweiligen Regierung zweckmäßig erscheint, und gleichzeitig den selbständigen Wirkungskreis der Gemeinde, in welchem sie mit Beobachtung der bestehenden Gesetze nach freier Selbstbestimmung anordnen und verfügen kann, tunlichst einzuengen.

Dort, wo staatliche Polizeibehörden nicht bestehen, darf der Staat in die Hausherrenrechte der Gemeinde auf polizeilichem Gebiete auch heute noch nur dann eingreifen, wenn und insoweit bei Handhabung der Ortspolizei ein Gesetz verletzt oder fehlerhaft angewendet oder der Wirkungskreis überschritten oder eine mit Recht zur selbständigen Polizeiverwaltung gesetzlich verknüpfte Pflicht garnicht oder bloß mangelhaft erfüllt wurde. Sache jeder einzelnen Gemeinde ist es also, alles vorzukehren, um ihre Polizeigewalt zu wahren, so lange diese nicht im Wege des Gesetzes staatlichen Organen übertragen ist: Zunächst muß die Gemeindevertretung die nötigen Geldmittel für die Anstalten und Einrichtungen bewilligen, die zur Handhabung der Ortspolizei erforderlich sind. Für jede ihr in dieser Beziehung zur Last fallende Unterlassung ist sie verantwortlich. Der Gemeinderat mit dem Bürgermeister ist verpflichtet, für die Aufbringung der nötigen Geldmittel zu sorgen und ferner die zur Handhabung der Ortspolizei erforderlichen Maßnahmen und Verfügungen rechtzeitig zu treffen. Reichen die Kräfte der Gemeinde zum Schutz des öffentlichen Wohles oder zur Abwendung von Gefahren nicht aus, so muß der Bürgermeister unverzüglich die Anzeige an die politische Bezirksverwaltung erstatten. Es muß außerdem hervorgehoben werden, daß zur Ortspolizei nicht nur die Sicherheits- sondern auch die sogenannte Verwaltungspolizei gehört, die sich auf alle Gebiete der inneren Verwaltung erstreckt. Jedenfalls sollten sich die Gemeinden bei Kompetenzstreitigkeiten immer zunächst auf den Selbstverwaltungspunkt stellen und ohne Not nichts von ihrer Polizeigewalt preisgeben. Lassen sie sich ein Eingreifen staatlicher Organe in ihre Rechte gefallen, so fördern sie dadurch, da ihr Stillschweigen als Dulden aufgefaßt wird, die Entwicklung zum Polizeistaat, wie er unter Metternich in Blüte stand.

Zum Wesen des Rechtsstaates gehört, daß die Regierungs- und Vollzugsgewalt nur auf Grund und im Rahmen der Gesetze ausgeübt werden darf. Da zur Regierungs- und Vollzugsgewalt auch die staatliche Polizeigewalt gehört, darf sie also auch nur auf Grund und im Rahmen der Gesetze ausgeübt werden. Gebote und Verbot dürfen also auch von staatlichen Behörden nur auf Grund der Gesetze und in ihrem Rahmen erlassen werden.

Außerhalb des Ausnahmszustandes, also in normalen Zeiten wie jetzt, dürfen weder die Regierung noch andere Organe der staatlichen Vollzugsgewalt Ausnahmsverfügungen treffen. Auch die Rechte der nationalen, religiösen und Rassenminderheiten dürfen nicht durch gesetzwidrige oder gesetzlich nicht gedeckte Verfügungen beeinträchtigt werden. Es ist also festgestellt: Polizeiliche Verfügungen müssen 1. sich auf ein Gesetz gründen und 2. dürfen sie den Rahmen dieses Gesetzes nicht überschreiten.

Bei der Entscheidung, ob der konkrete Tatbestand unter die gesetzliche Norm fällt, wird die Beurteilung mehr oder minder in das freie Ermessen der Behörde fallen. Freies Ermessen bedeutet aber nicht Willkür. Es müssen vielmehr Umstände vorliegen, die objektiv geeignet sind, eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung herbeizuführen und von denen die Behörde die Störung mit Grund befürchtet. Die bloße Behauptung, die öffentliche Ruhe sei gefährdet, genügt nicht. Was dem Gesetz entspricht, was gesetzlich zulässig ist, kann grundsätzlich die öffentliche Ruhe nicht stören oder gefährden, kann weder nähere oder entferntere Ursache einer solchen Störung oder Gefährdung sein. Dies gilt insbesondere von erworbenen Rechten und ihrer Ausübung, zu deren Schutz ja das Gesetz sogar die Notwehr erlaubt.

*

Neuwahlen.

Zu Beginn der Nachmittagssitzungen werden die Neuwahlen vorgenommen. Dr. Lodgman konstatiert die Beschlußfähigkeit der Hauptversammlung. Nach dem vorjährigen Parteischlüssel würde die Deutsche sozialdemokratische Partei fünf Mandate, die Deutsche Nationalpartei, die Christlichsoziale Volkspartei, der Bund der Landwirte und die Nationalsozialistische Partei je zwei Mandate, die Gewerbepartei ein Mandat erhalten. Die einzelnen Parteien schlagen folgende Vertreter in den Vorstand vor:

Deutsche Sozialdemokraten: Pölzl, Schweichart, Schloßnickel, Uhlik und Goth.

Deutsche Nationalpartei: Andraschke-Jägerndorf, Künzl-Eger.

Christlichsoziale: Abg. Mark-Eger, Kunz-Zuckmantel.

Bund der Landwirte: Sen. Erdman Spieß, Abg. Röttl.

Nationalsozialisten: Hartig-Dux, Schubert-Fulnek.

Gewerbepartei: Klemmer-Mähr.-Schönberg.

Zum Vorsitzenden wird einstimmig Dr. Walther-Teplitz wiedergewählt, zum Vorsitzendenstellvertreter an Stelle des aus dem Vorstande ausscheidenden Abg. Gen. Cermak wird ebenfalls einstimmig Vizebürgermeister Gen. Pölzl gewählt.

Den Bericht über den

Stand der Kriegsanleihefrage mit Beziehung auf die Selbstverwaltungsverbände

erstattete Abg. Logdman. Er beantragte folgende Resolution:

„Die Hauptversammlung empfiehlt den Verbandsmitgliedern, sich bei Umwandlung ihrer Kriegsanleihe die Ratschläge des Verbandes vor Augen zu halten und auf Grund der so angestellten Berechnungen vorzugehen. Nach wie vor bleibt es Pflicht der Gemeinden und Bezirke, vor endgültiger Beschlußfassung die Gültigkeit allfälliger Lombardverpflichtungen zu überprüfen.

Im übrigen verweist die Hauptversammlung auf ihre in Karlsbad und Nikolsburg gefaßten Entschließungen und beharrt auf dem Standpunkte, daß es sich bei den in Betracht kommenden Gesetzen nicht um eine Einlösung der Kriegsanleihe, sondern um die Vernichtung eines großen Teiles des Volksvermögens handelt, welche mittelbar wiederum die Verwaltung der Gemeinden und Bezirke treffen muß."

Die Resolution wird einstimmig beschlossen.

In der Debatte werden einige kurze Anfragen in Kriegsanleiheangelegenheiten gestellt und im Schlußwort des Referenten beantwortet.

Ueber die

„Finanzlage der Gemeinden und die Aenderung der Steuergesetznovelle zum Gemeindefinanzgesetz"

referierte Genosse Pölzl. Er verwies vor allem darauf, daß im letzten Jahre die staatliche Steuerverwaltung endlich daran gegangen ist, die Rückstände bei den Steuern einzuheben. Die aus diesen Rückständen für die Gemeinden sich ergebenden Zuschüsse fließen jedoch noch nicht in allen Bezirken den Gemeinden zu, weil eben die staatliche Steuerverwaltung noch nicht überall daran geht, die Rückstände einzutreiben. Oft schließt auch die Steuerverwaltung mit den Steuerpflichtigen sogenannte Steuerausgleiche ab, was wiederum eine Schmälerung der Zuschlagsgrundlage zur Folge hat. Zu alldem kommt das neue Gesetz über die Gewährung von Steuernachlässen. Die neue Teuerungswelle, die das Land überzieht, macht die Wirtschaft in den Gemeinden nicht erträglicher.

Um die Geldknappheit in den Gemeindekassen noch zu erhöhen, sinkt das Erträgnis der Umsatzsteuer immer mehr. Da ist es von großer Bedeutung, daß unsere Forderung, vor der Aufteilung des Gesamtanteiles der Bezirke an Erträgnissen aus der Umsatz- und Luxussteuer die Vereinigung der Bezirke anzuhören, endlich erfüllt wurde. Auch der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper wird angehört werden.

Zum weiteren erfolgreichen Abschluß kam auch der Kampf um die Wiedergewinnung der Sperrstundentaxen für die Ortsarmenfonde und die Zuständigkeit der Gemeinden zur Bewilligung von Tanzunterhaltungen und Bällen. Die Gemeinden müssen nun, um nicht um große Beträge zu kommen, jenen Bestrebungen entgegentreten, die auf eine Herabsetzung der Lustbarkeitsabgabe abzielen. Es geht nicht an, daß die Gemeinden wegen privater Erwerbsrücksichten einen Entgang an Gemeindeeinnahmen hinnehmen.

Ferner ist ein Erfolg des Verbandes mit der erwirkten Einstellung der Pfändung von Gemeindeumlagen zu verzeichnen. Redner befaßt sich dann weiter mit der Tilgung und Verzinsung der anläßlich der Kriegsanleihezeichnung von den Gemeinden aufgenommenen Darlehen und kommt auf die angekündigte Steuerreform zu sprechen. In einer eingehenden Kritik befaßt er sich mit den verschiedenen Novellen zu den einzelnen Steuergesetzen und kommt zu dem Schluß, daß eine durchgreifende Steuerreform erst der Zeit stabilisierter wirtschaftlicher Verhältnisse vorbehalten bleiben muß. Zum Schlusse unterzieht er die beabsichtigte Novellierung des Gemeindefinanzgesetzes vom 12. August 1921 einer eingehenden Besprechung und präzisiert nochmals den Standpunkt des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper zu dieser Novellierung.

Die vom Referenten vorgeschlagenen Forderungen haben folgenden Wortlaut:

1. Der durch die Rückwirkungen der staatlichen Steuergesetzgebung auf die Gemeindefinanzen und die außerordentlichen Steuernachlässe verursachte Einnahmeentgang ist den Gemeinden durch die Erschließung anderer Einnahmequellen in entsprechender Höhe zu ersetzen. Hieher gehört insbesondere die Berechtigung zur Einhebung selbständiger Realsteuern und größere Zuweisungen aus den Erträgnissen der Staatssteuern, wobei auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der einzelnen Gemeinden Rücksicht zu nehmen ist.

2. Die Grenzen, von welchen an die Selbstverwaltungszuschläge der aufsichtsbehördlichen Genehmigung bedürfen, sind der Geldentwertung und der Schmälerung der Zuschlagsbemessungsgrundlage entsprechend derart hinaufzusetzen, daß die Genehmigungspflicht des Zuschlagsprozentes nicht mehr die Regel, sondern die Ausnahme bildet.

3. Bei der Verfassung und Erledigung der Steuergesetzentwürfe sowie bei der Novellierung des Gemeindefinanzgesetzes sind die Selbstverwaltungskörper, bzw. die interessierten Verbände zu hören und ihre Anträge zu verwerten. Ebenso ist den Gemeinden überall dort, wo im Einzelverwaltungsverfahren eine Schmälerung ihrer Einnahmen oder Einnahmsquellen in Betracht kommt, die Parteienkontrolle einschließlich des Beschwerderechtes einzuräumen.

4. Das Finanzministerium wird aufgefordert, endlich der Rechtsanschauung des Obersten Verwaltungsgerichtes Rechnung zu tragen und die Gemeinden auch dann am Erträgnis der pauschalierten Umsatzsteuer zu beteiligen, wenn sie bei der Veranlagung und Einhebung dieses Pauschales nicht mitwirken.

5. Die Aufarbeitung der Steuerbemessungs- und Steuereinhebungsrückstände ist zu beschleunigen und mit größter Energie durchzuführen.

Inland.

Budgetausschuß des Senates. Das Gesetz über die Sozialversicherung gelangte gestern im Budgetausschuß des Senates zur Beratung. Berichterstatter war der Nationalsozialist Klečak. Minister Habrman sprach über das Junktim mit der Selbständigenversicherung und über die Versorgung der Fünfundsechzigjährigen. Namens der deutschen Sozialdemokraten gab Genosse Polach die Erklärung ab, daß nach der sachlichen Behandlung der Vorlage durch die deutschen Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus und im sozialpolitischen Ausschuß des Senates die wegwerfenden Worte des Berichterstatters über die Tätigkeit der Opposition anläßlich der Beratung des Gesetzes einfach lächerlich sind. Nach dem absolut negativen Effekt der Mitarbeit der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten erübrigt sich die Wiederholung der Abänderungsanträge im Budgetausschuß des Senates. Wenn die deutschen sozialdemokratischen Senatoren für das Gesetz stimmen, so tun sie es nur deswegen, weil sie für die Idee der Sozialversicherung Jahrzehnte gekämpft haben, und weil sie die Ueberzeugung haben, daß sich die Unfertigkeit dieses Gesetzes in sehr kurzer Zeit herausstellen wird. Nachdem noch die Vertreter der übrigen Parteien sich zu dem Gesetze geäußert hatten, erklärte der Berichterstatter, daß seine Bemerkungen über die Opposition sich nicht auf die Mitarbeit der deutschen Sozialdemokraten bezogen haben.

Tages-Neuigkeiten.

Die Schwarzen und das rote Wien.

Die Christlichsozialen, die heute die Führung des Bürgertums in Oesterreich inne haben und denen die Sanierung dieses Landes nur dadurch gelang, daß sie bei fremden Mächten sich Geld ausbetteln mußten, da sie es nicht wagen konnten, den österreichischen Kapitalismus für die Gesundung des Landes heranzuziehen, können es bis heute nicht verwinden, daß es dem roten Wien gelungen ist, seinen Haushalt aus eigener Kraft wieder ins Gleichgewicht zu bringen. In dem selbständigen Bundeslande Wien haben sie nicht die Möglichkeit, gegen die rote Mehrheit einen Schutz des Kapitalismus durchzusetzen und so bleibt ihnen nichts anderes übrig, als die rote Wirtschaft im Rathause immer wieder herabzusetzen und zu verleumden. Bei diesem Verleumdungsfeldzug glauben sie, so nebenbei ihren Schmerz darüber lindern zu können, daß ihr Regime in Wien nach den Umsturztagen so gründlich von der Bevölkerung Wiens verabschiedet wurde und daß es nun nicht mehr gelingen will, das sozialdemokratische Wien von der Heilsamkeit ihrer christlichsozialen Wirtschaftsideen zu überzeugen.

Hinter Pommeranz her!

Skizze von Ludwig Maks.

Glauben Se, daß mer wern fertig sein bis zum Lemberger Schnellzug, Herr Kommissär? Nu, so lassen Se doch den Spaß. Es wird mer nich drauf ankommen auf 50 oder 100 Gulden. A Millionengeschäft geht mer durch de Finger, wenn ich soll warten, bis Se habb'n de Nachricht aus Lodz, ob ich bin wirklich der Kaufmann Pommeranz aus der Zawadzka. Kann ich was dafür, daß mer der Paß is gestohl'n auf der Bahn? Wenn da wär' gewesen a Herr von der Polizei, hätt' mer sicher erwischt den Dieb, anstatt, daß se bemühen die Herrn Kommissäre in de Hotels und holen de Leit' aus 'm Bett!"

Der Polizist erwies sich diesen Bitten gegenüber als unzugänglich. „Wenn ich noch 100 könnt' zulegen," dachte Pommeranz, „aber ich hab's nicht!" Es blieb ihm nichts übrig, als seine Scheine wieder einzustecken, die Mappe zu nehmen und dem Beamten aufs Polizeibureau zu folgen. Dort saßen und standen schon einige Dutzend Leidensgefährten, die gleich Pommeranz wegen ungenügenden Ausweises in Haft genommen waren, verwahrloste Gestalten neben wohlgepflegten, Männlein und Weiblein, bunt gemischt. Pommeranz, nach neuester Mode gekleidet, mit gestutztem englischen Bärtchen, hielt sich zur Seite, ohne sich ostentativ von der Masse abzusondern, und beschäftigte sich mit dem Studium der Bekanntmachungen an der Wand.

Jenseits der Schranke gab's im Bureau plötzlich einen Tumult. Die Postordonnanz hatte eben das neueste Fahndungsblatt gebracht. Einer der Beamten las vor, und alle, die an der Razzia beteiligt waren, verglichen die Meldungen mit ihren Notizen. Da litt's auch den Unbestechlichen, der Pommeranz eingeliefert hatte, nicht länger auf seinem Wachtposten an der Tür. Um besser hören zu können, trat er für einen Augenblick zu der Gruppe der Kollegen. Es genügte, um Pommeranz durch die nur angelehnte Ausgangstür verschwinden zu lassen, sozusagen hinauszuschmelzen.

Für die Kriminalbeamten dieser großen östlichen Stadt bedeuten die Mitteilungen des Fahndungsblattes eine Art mit Spannung erwarteter Lotterie. Oft genug waren die Steckbriefe von Prämien begleitet, und wer schnell zugriff, konnte sein Glück machen. Diesmal schienen es lauter Nieten zu sein. Die Ausschreibung der südslawischen Regierung, in der auf die Festnahme eines politischen Spions ein Preis von 1000 Dollars ausgesetzt war, appellierte doch wohl nur an die Sicherheitsbehörden näher gelegenen Länder. Der vorlesende Beamte glitt denn auch sehr flüchtig über den Steckbrief hinweg: „. . . meist glattrasiert, aber auch mit Fliege auf der Oberlippe, schwarzes, gescheiteltes Haar, braune Augen, rechte Schulter höher als die linke, soignierte Garderobe. Ausweispapiere auf Stephan Wassiljef aus Sofia oder Baron Bodo von Redern aus Wien oder Giulio Visano aus Brescia oder David Pommeranz aus Lodz . . ."

„Wie, wie, wie?" schrie der Beamte auf, „Pommeranz aus Lodz? Den habe ich!" Und mit einem Satz sprang er schleunigst auf seinen Posten zurück. Neidvoll folgten ihm die Blicke seiner Kollegen, wie er jetzt in fiebernder Hast die Schar der Häftlinge absuchte, ein Metzger, der sich aus einer Herde von Hammeln das schlachtreife Stück erwählt. Pommeranz war nicht darunter. „Eben ist ein Herr zur Tür hinausgegangen!" kicherte ein geschminktes Dämchen.

Das war das Signal zur Jagd hinter Pommeranz her. Ein durchgebrannter prämiierter Verbrecher ist Freiwild für alle Beamte. Und was für ein kostbares Wild war hier zu jagen. Kein Zweifel, daß es sich um den gesuchten Spion handelte. Man ließ sich nicht Zeit, den schuldigen Polizisten auszulachen oder zu maßregeln. Wie ein begossener Pudel stand er vor dem gestrengen Polizeichef und mußte im Beisein der ganzen Kollegenschar auch das letzte Stückchen seiner kostbaren Weisheit preisgeben. Daß der Mann ein gestutztes schwarzes Schnurrbärtchen, einen hellbraunen Mantel und eine Aktentasche gehabt hätte. Soviel er sich erinnere, habe ihm der Kopf ziemlich schief auf der Schulter gesessen und dann habe er davon gesprochen, daß er mit dem Schnellzug nach Lemberg fahren müsse.

„Das wird er ja wohl nun bleiben lassen!" meinte der Chef, und schickte die Fahndungspatrouillen überallhin, nur nicht nach dem Bahnhof. Bis ihm der Einfall kam, daß Pommeranz vielleicht nun erst recht mit dem Lemberger Schnellzug durchbrennen könnte, in der Ueberlegung, daß kein Beamter ihm diese Unverschämtheit zutrauen würde, und der Bahnhof deshalb zunächst unbeobachtet bliebe. Gut, daß diese östliche Stadt einen so gewiegten Polizeichef hatte, und daß er sich ganz besonders gut auf jüdische Gerissenheit verstand. Er beorderte drei Mann an seine Seite, ließ den einen in der Eingangshalle zurück und ging mit den beiden anderen höchstselbst auf den Bahnsteig. Tausend Dollar sind 5000 Gulden! Das lohnt auch für den Polizeichef schon der Mühe, namentlich wenn er neben einer prätentiösen Ehehälfte noch eine kapriziöse kleine Freundin hat, die ihm schon lange wegen eines Pelzmantels im Ohre liegt!

Die unerwartete polizeiliche Kontrolle der Reisenden kostete dem Schnellzug bereits eine Viertelstunde Verspätung. Der Bahnhofsvorstand fluchte. In zwanzig Minuten war der Extrazug Sr. Exzellenz des Herrn Staatspräsidenten angesagt. Allerhöchste Zeit, daß der Lemberger abgefertigt wurde. Der Herr Polizeichef schien sich denn auch vergebens bemüht zu haben, nicht eines einzigen Reisenden Papiere waren zu beanstanden, so daß der Stationsgewaltige endlich die Pfeife an die Lippen setzen konnte. Mit dem langsam ausfahrenden Zug verdampfte auch der Traum vom erwischten Pommeranz und vom Pelzmantel für die kleine Katja. Aber was war das?! Aus dem Tunnel herauf stürmte ein Herr, wischte scheu an der Gruppe der Beamten vorbei und sprang in einem unsagbar komischen kurzen Trab hinter dem Schnellzug her. So rasch bewegten sich seine kurzen Beine, daß er den letzten Wagen, einen plombierten Eilgutwagen, gerade noch einholte, und daß es ihm gelang, sich auf dessen Trittbrett zu schwingen und sich am Griff der Schiebetür festzuhalten.

„Das ist Pommeranz!" schrie die Stimme des dritten Unterbeamten, der jetzt ebenfalls aus dem Tunnel hervortauchte, aber vor Anstrengung japste, denn er war wohlbeleibt. Und „Halt, halt!" tönte es um die Wette aus drei anderen Mündern. Aber die Rufe blieben ungehört: der Zug rollte seiner Bahn.

Immer noch atemlos, rapportierte der Polizist: „Ich hatte nichts Verdächtiges bemerkt, da kam in der letzten Minute ein Herr angerannt, eine Mappe unter den Arm geklemmt. Er tat im Rennen so, als suchte er seine Fahrkarte. Als ihn der Schaffner nicht durch die Sperre lassen wollte, gab er ihn einen Stoß vor die Brust und rannte in den Tunnel. Ich hinter ihm her. . . ."

„Hmmmm!" meinte der Polizeichef, „es war zweifellos der Spion Pommeranz. Er darf uns unter keinen Umständen entwischen!" Sprach's

Die Christlichsozialen bei uns zulande sind natürlich stets gerne bereit, ohne Bedenken die Aktionen ihrer österreichischen Vorbilder mitzumachen, da sie auf diese Weise eigentlich verantwortungslos Hetzkampagnen gegen die verhaßte Sozialdemokratie inszenieren können.

Der in der letzten Zeit vorgelegte Rechnungsabschluß der Gemeinde Wien für das abgelaufene Verwaltungsjahr bietet natürlich den Christlichsozialen wieder eine, wie sie glauben, glänzende Gelegenheit, der roten Wiener Rathausmehrheit eins aufs Zeug zu flicken. Und wo könnten da unsere christlichsozialen Blättchen zurückstehen, wenn die Wiener „Reichspost" den Augenblick für gekommen erachtet, neuerdings die Werbetrommel gegen die heutigen Verwalter von Wien zu rühren! Da nun diese Blättchen mit ihrem Wiener Bruderblatte eigentlich in gar nichts konkurrieren können, so suchen sie es durch die Größe der Niedertracht zu überbieten.

Die Warnsdorfer „Volkszeitung", das Hauptblatt der deutschen Christlichsozialen in diesem Staate, hat auf diese Weise das Neueste entdeckt: es bezeichnet die rote Gemeindewirtschaft in Wien als stark kapitalistisch und wirft dem Genossen Breitner fiskalische Rücksichtslosigkeit und geriebenste Steuerschraubentaktik vor. Dieser Hatzgesang wird verständlich, wenn man sich daran erinnert, daß Genosse Breitner das Geld für die Gemeindewirtschaft rücksichtslos eben dort genommen hat, wo es zu finden war: bei den Wiener Alten und neuen Reichen. Dieses Vorgehen kann ihm natürlich auch die Warnsdorfer „Volkszeitung" nie verzeihen. Um nun Breitners Tat noch weiter herabzusetzen, erklärt dieses Blatt, daß die wirklich glänzende Finanzgebarung Wiens einzig durch die Stabilisierung der Krone infolge der Seipelschen Politik ermöglicht wurde. Diese Behauptung fällt natürlich von selbst in sich zusammen, wenn man sich an die reinen Tatsachen hält. Denn Wien war — das weiß heute jedes Kind — schon fast völlig saniert, bevor es noch Seipel durch seine Bittgänge gelingen konnte, die österreichische Krone zu stabilisieren.

Daß das Blatt dann weiter erklärt, die Bundesbeiträge decken nahezu die Hälfte des Gesamtaufwandes der Gemeinde Wien und dabei die Gesamteinnahmen der Gemeinde gar nicht nennt, muß einen sofort wundernehmen. Um jeder irrtümlichen Meinung vorzubeugen, sei festgestellt, daß der Rechnungsabschluß an Gesamteinnahmen 2458 Milliarden Kronen und an Gesamtausgaben 1821 Milliarden Kronen aufweist. Die Bundesbeiträge betragen 878 Milliarden, also ein Drittel der Gesamteinnahmen, auf die es ja bei einem Gemeindehaushalt ankommt.

Die christlichsozialen Angriffe beweisen nur wiederum von neuem, daß die rote Gemeinde Wien sich auf dem richtigen Wege befindet, wenn sie aus dem Kapitalismus herausholt, was herauszuholen ist und für diese Ueberschüsse das Leben und Wohnen der arbeitenden Menschen in Wien erträglicher macht. Jeder neue Angriff der Christlichsozialen wird so zu einer Anerkennung der richtigen roten Gemeindewirtschaft in Wien.

Was soll man dazu sagen. So betitelt der Duxer „Tag" ohne Frage- oder Rufzeichen eine Notiz, in der er unsere Würdigung der Reichskonferenz der Hakenkreuzler wiedergibt. Er bringt unsere Besprechung wortgetreu und verliert dabei anscheinend den Atem: denn am Schlusse hat er — durch ein Sternchen auffallend getrennt — nichts andere szu sagen als diese zwei Sätze:

„Nein, zu diesem „Bericht" erübrigt sich jedes Wort. Die Antwort werden den Vogel-Strauß-Politikastern die deutschen Arbeiter geben . . ."

Nun, die deutschen Arbeiter haben uns „Politikastern" die Antwort schon gegeben: sie wenden sich scharenweise ab von der national-„sozialistischen" Heilslehre des Massenmörders Lindström-Ludendorff. Der Duxer „Tag" weiß also nicht nur nichts zu sagen, sondern er scheint auch die „Entwicklung" seiner Partei verschlafen zu haben. Kurzum: die Hakenkreuzler haben die Presse, die ihrer wert. Oder auch umgekehrt.

Jubiläumsfeier anläßlich des 60. Jahrestages der Gründung der Internationale in Eger. Die in Eger im Saale des „Frankentales" stattgefundene Jubiläumsfeier nahm einen sehr schönen Verlauf. Die Bühne des Saales war mit Fahnen geschmückt, in der Mitte war ein Transparentbild von Karl Marx in Lebensgröße, mit den Worten: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" angebracht. Der Gesangsverein „Harmonia" brachte als Einleitung einen Chor zum Vortrag, worauf Gen. Greull die Festrede hielt, die von den Anwesenden mit reichem Beifall belohnt wurde. Unter den Klängen der „Internationale" fand die würdige Feier ihren Abschluß.

Der Fehlbetrag der Aussiger Ausstellung. Die Ausstellungsleitung teilt uns mit: Da das Rundschreiben unseres Vertreters an unsere Gläubiger in verschiedenen Blättern veröffentlicht wurde, ist bereits allgemein bekanntgeworden, daß die Ausstellung für Kultur und Wirtschaft mit einem großen Fehlbetrage abschließt. Die genaue Ziffer steht noch nicht fest, da die Ueberprüfung der Rechnungen, die größtenteils in der letzten Zeit eingelangt sind, noch nicht beendet ist. Sicher ist, daß der gezeichnete Garantiefond in Anspruch genommen werden muß, ebenso sicher aber ist auch, daß alle Gläubiger werden befriedigt werden. Sobald die Ueberprüfung der Rechnungen beendet ist, wird die Ausstellungsleitung an die Stadtgemeinde Aussig herantreten, um von ihr die Vergütung jener Auslagen, wie vereinbart, zu erbitten, mit denen bleibende Werte geschaffen wurden. Erst nach dem bezüglichen Beschlusse der Stadtvertretung wird feststehen, welche Summe auf die Garantiezeichner umgelegt werden muß. Es besteht begründete Aussicht, daß sich die von den Garantiezeichnern einzufordernde Quote in mäßigen Grenzen bewegen wird. Schon deshalb besteht für die Gläubiger der Ausstellung keine Gefahr. Das einzige, was die Ausstellungsleitung von den Gläubigern erbitten muß, ist eine gewisse Geduld. Sie ist daher an alle Gläubiger um Stundung der Forderungen bis zum 31. März 1925 herangetreten. Diese Frist wurde absichtlich weitergesteckt, als vermutlich notwendig sein wird, um bei unvermuteten Hemmnissen einen Spielraum zu haben. Selbstverständlich wird die Ausstellungsleitung die Bezahlung der Gläubiger auch schon früher vornehmen, wenn ihr die Mittel dazu schon früher zur Verfügung stehen werden. Daraus ergibt sich, daß unter den gegebenen Verhältnissen die erbetene Stundung notwendig ist, aber auch ohne jede Gefährdung bewilligt werden kann. Es sind bereits zahlreiche Zustimmungen zur Stundung eingelaufen, so daß auf allgemeine Zustimmung der Gläubiger gerechnet werden kann. Die Ausstellungsleitung betrachtet es aber auch als eine selbstverständliche Pflicht, keinen Gläubiger vor den anderen zu bevorzugen. Wenn daher wider Erwarten einzelne Gläubiger die Stundung ablehnen sollten, so könnte die Ausstellungsleitung diesen dennoch keine vorzeitige Zahlung leisten, sie müßte dann vielmehr im Interesse der Allgemeinheit der Gläubiger zu dem Auswege schreiten, ihre Stundungsbitte in die Form eines gerichtlichen Ausgleichsanbotes zu kleiden. Aus alldem ergibt sich, daß — entgegen allerlei unsinnigen Gerüchten — weder für die Gläubiger noch für die Garantiezeichner Grund zur Beunruhigung vorhanden ist. Sobald die Abrechnung beendet ist, wird die Ausstellungsleitung die Ziffern, die sie ja auch der Stadtgemeinde Aussig vorlegen muß, der Oeffentlichkeit bekanntgeben.

Werden und Wachsen der Brünner Volkshochschule. Es wird uns geschrieben: Unter dem Titel „Die Volkshochschule Brünn. Gründung — Aufbau — Ausgestaltung" veröffentlicht unser Genosse Dr. Hugo Iltis einen Bericht über die Entstehung und bisherige Entwicklung der von ihm gegründeten und geleiteten Bildungsstätte. Obwohl ein solcher Bericht immer nur ein äußerliches Bild vom Werdegang der Institution geben kann und nur der Kenner zu beurteilen vermag, welche Summe an Energie und Geist aufgewendet werden mußte, um das Gelingen zu sichern, ist der Eindruck, den das Büchlein hinterläßt, doch ein außerordentlicher. Nicht viele Brünner wissen, was sie an ihrer Volkshochschule haben, daß hier die größte und fortgeschrittenste aller neutralen Volksbildungsanstalten der Tschechoslowakei geschaffen wurde. Aber viele haben den Segen dieser Einrichtung erfahren, sind aus ihrem einförmigen Dasein zwischen Werkstätte oder Schreibstube und den vier Wänden ihres engen Heims, das sie selten sonst verließen, hinausgeführt worden in die reiche Welt modernen Wissens und aufgeklärten Denkens. — Das Schriftchen geht über die Bedeutung der Brünner Volkshochschule hinaus. Es skizziert in der Einleitung die ausländischen Bewegungen gleicher Art, rechnet dann in zutreffenden Worten mit den nationalistisch-reaktionären Veranstaltungen ab, die in unserer Provinz vielfach unter dem Schlagwort der Volkshochschule segeln und weist mit Recht auch die Forderung der Neutralität der V.-H.-Sch. ab, sofern diese eine Vermeidung jeder politischen Stellungnahme bedeuten soll. Solche Neutralität sei selber eine politische Stellungnahme, da die Ablehnung des Klassenkampfes die Arbeiter befremden und entfremden würde. Wohl müsse die städtische Volkshochschule neutral sein, aber in der Weise, daß Lehrer aller Parteien an ihr wirken und daß die Verfälschung der V.-H.-Sch. im Interesse bestimmter Klassen verhindert werde. — Es folgt die Vorgeschichte der Brünner V.-H.-Sch.. Dann wird der bisherige Entwicklungsgang geschildert und ein Ueberblick über die veranstalteten Kurse, außerordentlichen Vorträge, die Exkursionen und die Bücherei gegeben. Besonders interessant ist die Statistik, genau und sinnreich geordnet wie sie wohl keine zweite Volkshochschule aufzuweisen hat. Hierauf wird des Planes, der V.-H.-Sch. ein eigenes Heim zu erbauen, und seiner bisherigen Fortschritte gedacht, z. B. der Spende von 20.000 Kč, welche Präsident Masaryk neuerdings für diesen Zweck, so wie früher schon der Bücherei, gewidmet hat. Den Beschluß macht der Blick in die nächste Zukunft, der Vorlesungsplan für das beginnende Trimester mit 61 Kursen! — Das Büchlein, aus der organisatorischen Praxis eines erfolgreichen Volksbildners heraus entstanden, ist nicht bloß für den Brünner, der seiner Volkshochschule Interesse entgegenbringt, unentbehrlich, sondern kommt für jeden Volksbildner, der die Gründung einer echten V.-H.-Sch. plant, als Führer in Betracht und wird künftig zu Rate gezogen werden müssen. e. b.

Herabsetzung der Frachtsätze für frisches Obst. Nach einer Kundmachung des Eisenbahnministeriums wurden mit Gültigkeit vom 6. Oktober bis längstens 31. Dezember die Frachtsätze für frisches Obst aus der Pos. 0—43—a) — 1 und 2 der Klasse A (bei verpackten Sendungen), beziehungsweise der Klasse B (bei unverpackten Sendungen) um 15 Prozent herabgesetzt. Diese Frachtermäßigung gilt von allen Stationen der meisten Lokalbahnen, weiter der tsch.-sl. Staatsbahnen und der Kaschau-Oderberger Bahn nach allen Stationen dieser genannten Bahnen. Die Frachtzahlung hat mindestens für 5000 Kilogramm zu erfolgen. Die Sendungen dürfen nicht in das Ausland ausgeführt werden.

Opfer der Autoraserei. Auf der Staatsstraße Olmütz—Sternberg vor der Ortschaft Getlov wurde der achtjährige Sohn des Häuslers Respora von einem Auto überfahren, blieb mit lebensgefährlichen Verletzungen hilflos liegen und wurde erst nach 20 Minuten von Passanten gefunden und schließlich vom Auto des Olmützer Großhändlers Singer in das Spital nach Sternberg überführt. Als man den an dem Unglück schuldverdächtigen Chauffeur zur Gendarmeriestation brachte, wäre er von der erregten Menge beinahe gelyncht worden. — Gestern nach 10 Uhr vormittags fuhr ein vom Chauffeur Anton Rožovský gelenktes Lastautomobil in der Richtung gegen Žižkov durch die Prager Hybernergasse. Es erfaßte den 25jährigen Wenzel Poča, der die Straße überschritt und schleuderte ihn zu Boden. Poča wurde in schwerverletztem Zustande ins Allgemeine Krankenhaus geschafft, wo an ihm eine Gehirnerschütterung und eine Fraktur der Wirbelsäule konstatiert wurde. Dem Chauffeur wurde der Fahrschein abgenommen.

Aus dem Zuge gestürzt. Bei Netatowitz stürzte der Zugsführer Emanuel Pražak aus Žižkov aus dem fahrenden Zuge und verletzte sich schwer. In Prag brachte ihn das Rettungsauto ins Allgemeine Krankenhaus.

Großer Dammrutsch bei Eger. Der Bahndamm hinter der sogenannten roten Brücke in Eger, in dessen Einschnitt die Züge der Strecke Eger—Marienbad und Eger—Wiesau verkehren, ist durch einen gewaltigen Erdrutsch verwüstet worden. Die schweren Erdmassen des Dammes schoben das Terrain, auf dem die Bahnschienen laufen, durch den ungeheuren Druck von oben um fast zwei Meter in die Höhe, die Geleise verbiegend und verschiebend, als seien sie Kinderspielzeug. Die Erde zeigte klaffende, zwanzig bis dreißig Meter laufende Risse und das riesige Gewicht des Erdreiches drückte mit einer solchen Stärke gegen das Bahnterrain, daß eine völlige Verheerung dieses Terrains die Folge war. Infolge des Dammrutsches ist der Verkehr auf der Strecke nach München völlig unterbrochen. Die Unterbrechung wird mindestens drei Wochen dauern. Der Personenverkehr erfolgt durch Umsteigen. Personenzüge haben mindestens zwei Stunden Verspätung. Der Dammrutsch ist eine Folge des Unwetters im August d. J.

Die Steigbügelhalter der Bürgerlichen. Ein Ausspruch eines kommunistischen Stadtverordneten und Reichstagsabgeordneten in der Treptower Bezirksversammlung verdient zur allgemeinen Kenntnis gebracht zu werden. Der Sachverhalt ist folgender: Vor einigen Tagen wurde in der Bezirksversammlung in Treptow der Abbau von zwei sozialistischen Stadträten von dem Bürgerblock, Demokraten—Kommunisten, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen. Redner dazu war der Kommunist Schlecht, Reichstagsabgeordneter für Teltow-Beeskow. Er stellte zunächst fest, daß die Einheitsfront mit den bürgerlichen Parteien eine gewollte sei, damit die Arbeiter erkennen, „wo die Arbeiterfeinde sitzen". Im weiteren Verlauf seiner Begründung sagte er wörtlich: Wir bauen die Sozialdemokraten ab, weil sie genau wie die Deutschnationalen keine Arbeiterpolitik treiben. Auf einen Zwischenruf antwortete er: „Jawohl, wir sind die Steigbügelhalter der bürgerlichen Fraktionen, damit die Arbeiter endlich mal erkennen, was für Politik die Sozialdemokraten treiben." Bisher konnte man der Ansicht sein, daß die Kommunisten mit ihrer, die Arbeiterbewegung zersetzenden Politik nur unbewußt die Geschäfte der Bürgerlichen besorgen. Nach dem Bekenntnisse des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Schlecht steht nunmehr fest, daß die Kommunisten mit voller Absicht den Bürgerlichen die Steigbügel halten, um zu zeigen, was für Politik nicht etwa sie selbst, sondern die Sozialdemokraten treiben. Eine solche Politik, wie sie die Kommunisten da treiben, kann nur als völlig irrsinnig bezeichnet werden. Vielleicht ist sie noch etwas Schlimmeres als Irrsinn. Wenn die Kommunisten mit voller Absicht die Einheitsfront mit den bürgerlichen Parteien wollen und wenn einer ihrer Führer geradezu mit freudigem Stolz bekennt, daß sie die Steigbügelhalter der Bürgerlichen sind, dann bleibt nur eine einzige Erklärung für ein solches Verhalten, und zwar die Erklärung, daß die kommunistischen Führer irgend welcher nur ihnen bekannter Dinge halber die Positionen der Arbeiter auf allen Gebieten sturmreif zu einem Generalangriff der Kapitalisten machen wollen. Der Begriff „Revolutionär" hat nun eine neue Bedeutung erfahren und ist um eine Definition reicher. Revolutionär heißt: „Dem Bürgertum den Steigbügel halten" und eine revolutionäre Tat ist jene, die den Bürgerlichen Vorteile gibt und die Arbeiterschaft schädigt. Welchen Begriff von der geistigen Beschaffenheit ihrer Anhänger müssen doch diese „revolutionären Führer" haben und für wie dumm müssen sie die Arbeiter halten, wenn sie ihre irrsinnige Politik so namenlos dumm begründen, wie dies hier der Fall ist. Das Bekenntnis Schlechts muß den Arbeitern immer und immer wieder vorgesagt werden.

Die Mitwirkung von Kindern bei Filmaufnahmen in Deutschland hat schon seit geraumer Zeit zu lebhaften Klagen geführt. Schutzbestimmungen waren dringend notwendig. Der Polizeipräsident von Berlin hat jetzt eine entsprechende Verordnung erlassen. Danach ist die Beschäftigung von Kindern unter drei Jahren in Filmbetrieben verboten, diejenige von Kindern über drei Jahren bedarf einer besonderen polizeilichen Erlaubnis. Nach der Verordnung sind auch Schutzmaßnahmen für die beschäftigten Kinder angeordnet worden, die sich namentlich auf den Schutz der Augen gegen Blendung beziehen.

Vier Arbeiter verschüttet. Nach einer Meldung des Berliner „Lokalanzeigers" aus Karlsruhe riß in den Erdölwerken in Pechelbronn in Oberelsaß freigewordenes Gas Erdmassen los, durch die vier Arbeiter verschüttet wurden. Alle vier sind tot.

---

und wandte sich entschlossen an den Stationsvorstand.

„Was?" fragte der entrüstet, „den Schnellzug zum Halten bringen? — Ausgeschlossen, Herr Präsident! Das würde die ganze Fahrordnung über den Haufen werfen. In wenigen Minuten passiert der Sonderzug des Herrn Staatspräsidenten unseren Bahnhof. Wir würden ihn aufs höchste gefährden, wenn der Schnellzug nicht die vorgeschriebene Distanz hielte. Und mag es sich zehnmal um einen Spion handeln. Soll der Bursche hängen bleiben bis zur ersten Haltestelle. Die will ich gern benachrichtigen!"

Die Kompetenz der Eisenbahnbehörde trug den Sieg über die der Sicherheitsbehörde davon. Immerhin erreichte diese, daß auch alle Zwischenstationen, an denen der Schnellzug stolz vorbeisauste, telephonisch ins Bild gesetzt wurden. Von allen kam die tröstliche Meldung zurück, daß Pommeranz am letzten Wagen gesichtet sei, immer noch ängstlich an die Tür geklammert. Auch die Mappe hielte er noch unter den Arm geklemmt.

Eine sehr günstige Nachricht. Wer weiß, was für hochverräterische Pläne dieser Pommeranz in seiner Mappe bei sich führte. Katjas Pelz, eben noch eine sich verflüchtigende Fata Morgana, nahm wieder greifbare Gestalt an, um so mehr, als der Vorsteher der ersten Schnellzugsstation sich mit Eifer in den Dienst der guten Sache stellte. Er benachrichtigte schleunigst den Polizeichef der kleinen Stadt, und dieser wiederum setzte sich mit dem Garnisonskommandanten ins Einvernehmen. Wie von einem militärischen Hauptquartier im Kriege aus spielte der Draht.

So wurde erreicht, daß innerhalb 30 Minuten ein starkes Aufgebot von Polizisten und Soldaten mobilisiert war, um sich vor der Station kilometerweit am Bahndamm zu verbreiten. Sollte Pommeranz den Versuch machen, vom Zug abzuspringen, wenn der Führer vor der Station die Bremsen zog, dann wäre ihm dennoch die Flucht unmöglich gemacht.

Der dachte indessen gar nicht an solche halsbrecherischen Kunststücke. Aengstlich klebte er auf seinem Platz, auch als der Zug schon langsamer fuhr. Und als er hielt, sank der arme Schächer mehr tot als lebendig in die Arme des Stationsvorstehers. Der empfing ihn mit Sanftmut, denn auch für ihn sollte von der Prämie einiges abfallen, wie ihm der Herr Polizeipräsident durch die Blume telephonisch angedeutet hatte. Dieselben Motive bestimmten die Haltung des örtlichen Polizeichefs und des Garnisonskommandanten, die sich um die Wette um den Hochverräter bemühten. Von beiden Herren untergefaßt, wankte der „blinde Passagier" unter allgemeiner Anteilnahme der Reisenden durch die Bahnhofsperre auf die nahe Polizeiwache. Seine Mappe wurde ihm vom Adjutanten des Herrn Kommandeurs, der auch im Bilde war, nachgetragen.

Inzwischen hatte der Vorfall die ganze Stadt alarmiert. Wenn auch eine Schnellzugsstation, so hatte sie doch sonst keine große Bedeutung, weshalb es jeden Bürger mit besonderem Stolz erfüllte, daß der Spion Pommeranz gerade in seiner Stadt zur Strecke gebracht war.

Vor dem Polizeigebäude drängten sich die Massen. Sachverständige erhoben ihre Stimme: „Er hat den Aufmarschplan für den Krieg mit Rußland ausspioniert und wollte ihn über die Grenze schaffen!" — „Es wird ein Standgericht berufen, und der Kerl wird dann sofort an die Wand gestellt!" — „Unsinn!" sagte ein anderer, „man muß doch erst die Komplicen herauskriegen. Sie werden ihm drinnen schon das Maul öffnen!"

Geduldig warteten die Leute eine halbe Stunde. Dann öffnete sich die Türe der Wache, und ein Herr trat heraus, eine Reisemütze auf dem Kopf und eine Mappe unter dem Arm. War das nicht der verhaftete Pommeranz? Der Spion? Er lachte verschmitzt, als er die versammelte Menge sah, nahm dann seine Mütze ab und trocknete sich den Schweiß von seiner Glatze. Auch wischte er am Aermel seines pfeffergrauen Mantels herum, der bös von Schmieröl beschmutzt war.

„Psiacrew!" schrie eine Stimme, „das ist doch Schnapsfabrikant Pelzer aus Krakau!" und ein Herr drängelte sich durch die Neugierigen.

„Mensch!", sagte der Angeredete, „du hättest mich dadrinnen legitimieren können. Die rebeten mich als Pommeranz an, und eine halbe Stunde hatte ich zu tun, bis ich wieder im Besitz meines ehrlichen Namens war. Erst als der Polizeipräsident mich am Telephon als seinen Stammtischkollegen erkannte, ließ man mich laufen. Nie wieder möchte ich solche Fahrt erleben. Ich hatte mich verspätet und sprang noch gerade auf den letzten Wagen, als der Zug abfuhr. Dummerweise war das ein verschlossener Güterwagen. Vierzig Minuten habe ich dort gehangen . . . Aber ich bin doch da, und wir können an unser Geschäft gehen . . ."

Vom entschwundenen Pommeranz, oder von dem Mann, der sich so nannte, hat man indessen nichts wieder gehört. Es kann sein, daß er wirklich einer der vielen Pommeranz aus Lodz war und daß er sich aus dem Polizeibureau nur deshalb fortgeschlichen hatte, weil ihm die Sache zu lange dauerte. Es kann aber auch sein, daß es sich bei ihm um den bewußten gefährlichen Spion handelte. Die Polizeibehörde jener östlichen Stadt bekommt den Namen seitdem oft zu hören. Bei jeder Razzia rufen die Leute den Beamten nach: „Aha, hinter Pommeranz her!" Wenn sie einen der Rufer erwischen, schlagen sie ihn halbtot vor Wut. Aber sie erwischen keinen . . .

Giftmordattentat und Stuhlprobe. Vor kurzer Zeit wußte die völkische Presse einschließlich des nationalsozialistischen Duxer „Tag" und seiner verschiedenen Ablegerchen in Worten tiefster sittlicher Entrüstung von einem Giftmordversuch zu berichten, dem der Blut-Dinter fast zum Opfer gefallen wäre. Es sollte sich um ein vorbereitetes Attentat auf das Leben Dinters handeln, und man hätte nach der Lektüre der genannten Presse glauben können, es sei einwandfrei bereits festgestellt, daß eine geheime Mörderorganisation Dinter Gift beizubringen gewußt habe und dieser lebensgefährlich erkrankt sei. Die „Fränkische Tagespost" veröffentlicht nun eine Meldung der Telegraphen-Union vom 30. September, die lautet:

Nürnberg, 30. Sept. Nach dem Untersuchungsbefund der staatlichen Untersuchungsanstalt in Erlangen konnten in der Stuhlprobe des Dr. Dinter weder pflanzliche noch metallische Gifte nachgewiesen werden.

Die „Tagespost" bemerkt hiezu:

„Ganz Deutschland lacht über den „vergifteten Arthur Dinter". Durch den Untersuchungsbefund von Erlangen wird unter eine völkische Heldenmär der einzig richtige Schlußpunkt gesetzt zum großen Gaudium aller Menschen, die Sinn für Komik haben. Wir dachten uns diesen Ausgang sofort. Jetzt steht einwandfrei fest, daß der Dinter wider das Blut in Saalfeld nicht vergiftet worden ist, was ohnehin nur ein Völkischer glauben konnte, der den letzten Rest von Verstand eingebüßt hat.

Bisher war bei den Völkischen nur die Blutsprobe bekannt. Bekanntlich glauben unsere Hakenkreuzler, sie hätten ein ganz besonderes Blut. Darauf schwören sie, nicht bei Moses und den Propheten, aber bei Wodan und den Göttern Walhalls, die sich gewiß für eine solche Nachkommenschaft bedanken. Nun werden sie wohl oder übel auch die Stuhlprobe einführen müssen, nachdem sich ein so maßgebender Häuptling wie Arthur Dinter dieser Probe unterzogen hat. Uns scheint diese Stuhlprobe ganz praktisch zur raschen und gründlichen Aufklärung völkischen Schwindels.

Vielleicht gibt der „Tag" nach dem Ergebnis dieser Stuhlprobe die Parole aus: „Völkische Männer und Frauen, Jungmannen und Jungmädchen! Gebt keine Stuhlprobe an eine Staatliche Untersuchungsanstalt! Diese Anstalten sind verjudet! Untersucht euren D...k selber!

Die Castiglioniaffäre. Im Gegensatz zu anderen Wiener Blättern, die melden, daß beim vorgestrigen Verhör mit Castiglioni von diesem keine Kaution verlangt wurde, erfährt die „Neue Freie Presse", daß die Einvernahme damit endete, daß Castiglioni sich verpflichten mußte, während der Dauer der Untersuchung jederzeit dem Untersuchungsrichter zur Verfügung zu stehen und für die Einhaltung dieses Versprechens eine materielle Sicherstellung zu leisten, die mit sieben Millionen Lire bemessen wurde. Dieser Betrag ist jedoch nicht in Barem erlegt, sondern in erster Rangordnung auf das Castiglioni-Palais in Wien vorgemerkt. — Gestern sind die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Banca Commerciale in Mailand und den Wiener Großbanken wieder aufgenommen worden. Die Wiener Großbanken haben von dem Augenblick an, als sie in die Depositenbank eintraten, den Standpunkt eingenommen, daß die frühere Verwaltung, nämlich das Haus Castiglioni, zur Deckung der Verluste beitragen müsse, dies umsomehr, als die Großbanken selbst durch den Zusammenbruch der Depositenbank erheblich in Mitleidenschaft gezogen wurden. Im Laufe der gestrigen Verhandlungen sind die Vertreter der Banca Commerciale mit ihrem Anerbieten hervorgetreten. Dem „Neuen Wiener Tagblatt" zufolge will die Banca Commerciale zahlen: fünf Milliarden nach sechs Monaten, zehn Milliarden nach einem Jahr und [illegible] Milliarden nach vier Jahren, sonach den Gesamtbetrag von 60 Milliarden Kč. im Laufe von vier Jahren. Diese Leistung soll jedoch ohne jede Haftung und nur im Rahmen eines Ausgleiches erfolgen. Der Antrag der Banca Commerciale wird für durchaus ungenügend angesehen und kann nur als Verhandlungsbasis betrachtet werden. Immerhin bedeutet das Angebot gegenüber dem bisher von Castiglioni eingenommenen Standpunkt einen wesentlichen Fortschritt.

In der letzten Sitzung der Akademie für schöne Künste in Paris verlas Herr Cug den Bericht des Prof. Hrozny, welcher über die Ausgrabungen handelt, die der Prof. mit der Bewilligung des französischen General Weygand auf Kosten der tschechoslowakischen Regierung in Scheikh-Saad im Gebiete von Hauran in Syrien vorgenommen hat. Prof. Hrozny hat sehr wichtige Dokumente gefunden, die sich auf die Geschichte der Völker von Hauran beziehen und aus denen hervorgeht, daß diese Völker mit den Hebräern und den Phöniziern sehr nahe verwandt sind. Einige Fundstücke aus dem ersten und zweiten Jahrtausend von Christi bezeugen die Aufeinanderfolge des Einflusses der babylonischen und der Kultur der Hetiter. Unter den Ausgrabungen befindet sich auch ein großes Gebäude, welches zweifellos einen Königspalast darstellt. — Herr Chatelain teilte der Akademie mit, daß „The Illustrated London News" das Faksimile des Manuskriptes des Titus Livius, das Martino Fusco aufgefunden haben will, veröffentlichte. Dieses Faksimile beweist ohne Zweifel, daß es sich hier um einen Text handelt, welcher nicht vor dem IV. Jahrhundert entstanden ist und unmöglich dem Titus Livius zugeschrieben werden kann.

Ueber eine Fünflingsmutter teilt Professor Fränkel, der Direktor der Breslauer Universitäts-Frauenklinik in der „Klinischen Wochenschrift" folgendes mit: Es handelt sich um eine Patientin, deren Großmutter bereits Vierlinge hatte; sonst war in der eigenen und der Familie des Mannes keine Mehrlingsgeburt vorgekommen. In Abständen von je einer Stunde erfolgte die Geburt von vier Knaben. Jedes dieser Kinder war 40 Zentimeter lang und 2000 Gramm schwer. Acht Tage später ereignete sich eine Unterleibsblutung. Im Gerinsel fand man ein fünftes Ei, das ein frischtotes, etwa 30 Zentimeter langes Mädchen enthielt. Die vier Knaben wurden von der Mutter gestillt und entwickelten sich ausgezeichnet. Auch die Mutter hat ihre Fünflingsgeburt bestens überstanden.

Wetterübersicht vom 4. Oktober. Die Regenfälle, welche die vorübergehende südliche Depression über unsere Lennder begleiteten, haben ihre größte Ergiebigkeit in der nördlichen Hälfte Böhmens erreicht (Maximalwerte: Aussig 19, Prag 9 Millimeter). Im Bereiche eines Keiles höheren Druckes, welcher der Depression nachfolgt, hat sich eine vorübergehende Aufheiterung mit Abkühlung eingestellt (Prag 8 Grad Celsius). — Wahrscheinliches Wetter von heute: Wechselnd wolkig ohne größere Niederschläge, allmählich wärmer.

Eine große Tagung der Frauenausschüsse der Deutschen Bezirksjugendfürsorge

wurde am 27. und 28. September in das Zentralhaus der Deutschen Landeskommission in Reichenberg einberufen, zu welcher Teilnehmerinnen aus allen deutschen Gebieten Böhmens erschienen waren. Vorangehend wurde eine Konferenz der Fürsorgeschwestern abgehalten, durch welche die Deutsche Landeskommission einem langgehegten Wunsche der Fürsorgeschwestern nach Schaffung eines eigenen Schwesternverbandes insoferne entgegenkam, als sie durch ihre Referentin alle nötigen Vorarbeiten und auch einen Satzungsentwurf hatte vorbereiten lassen, worüber der Konferenz ein ausführlicher Bericht erstattet wurde. Die lebhafte Wechselrede brachte zunächst die Klärung einiger grundsätzlicher Fragen und führte schließlich zu dem einhelligen Beschluß, daß ein von der Konferenz gewählter Ausschuß den vorgelegten Satzungsentwurf gründlich durcharbeiten und unter Zuziehung je einer Schwester aus Mähren und Schlesien das nötige Material für die nächste Sitzung des Reichsverbandes für deutsche Jugendfürsorge, die sich mit der Frage der Gründung eines Schwesternverbandes eingehend beschäftigen wird, vorbereiten soll.

Die Beratungen der Vertreterinnen der Frauenausschüsse wurden am Abend des 27. September mit einer Begrüßungsansprache des ersten Vizepräsidenten der Deutschen Landeskommission Dr. Adolf Demuth eingeleitet.

Den Höhepunkt des Abends bildeten die Leitgedanken der Fürsorgearbeit, die Erziehungsrat Dr. Heller in einem tiefschürfenden Vortrage aufrollte.

Nachdem Abgeordnete Genossin Blatny, Karlsbad, einige Streiflichter auf die Jugendnot und das Jugendelend in unseren Gefängnissen geworfen hatte, wurde durch die nachfolgenden Vorträge das Kleinkind von verschiedenen Seiten beleuchtet. Frau Dr. Stradal zeigte in ihrem Vortrage „Pflege und Erziehung des Kleinkindes" an der Hand zahlreicher Lichtbilder und praktischer Beispiele die mannigfachen Schädigungen auf, welchen das Kleinkind ausgesetzt ist und die in den meisten Fällen auf Unwissenheit der Mütter besonders in bezug auf Ernährung und Erziehung zurückzuführen sind. Die Vortragende wies namentlich auf die verheerenden, folgenschweren Wirkungen des Alkohols in diesem Lebensstadium hin und zeigte an einzelnen Beispielen, daß der Alkoholgenuß in diesen Jahren körperliches Siechtum und geistige Verkümmerung oft für das ganze Leben zur Folge hat.

Organisator Theimer verwies in seinem Referat über die „Durchführung der gesamten Kleinkinderfürsorge" auf die bisherige Vernachlässigung dieses Zweiges der Fürsorge und begründete dann die Notwendigkeit der Durchführung derselben. Er verlangte vor allem auch die ärztliche Beratung der Kleinkinder und überhaupt eine lückenlose Betreuung des Kindes vom Säuglingsalter bis zum Eintritt in die Schule. Hierauf besprach er die mit der Kleinkinderfürsorge verbundene Tätigkeit der Fürsorgerin und betonte die notwendig gewordene Anpassung der Kindergärten und Bewahranstalten an die bestehenden Verhältnisse. Endlich sprach er von der Wichtigkeit einer entsprechenden Aufklärung und Belehrung der Mutter und stellte einzelne Leitgedanken der Kleinkinderfürsorge auf.

Den Abschluß des Abends bildete der Vortrag über den „Wert des Märchenerzählens für das Kleinkind" von Frau Maria Runtsch-Linhart.

Am Sonntag-Vormittag fanden die Beratungen mit dem von Frau Maria Runtsch-Linhart vorgetragenen „Tätigkeitsbericht über die Arbeiten der Frauenausschüsse" ihre Fortsetzung. Der Bericht zeigte, daß die Frauenmitarbeit im letzten Jahre ganz erhebliche Fortschritte aufweist und vielerorts nach Entfaltung drängt, daß sie aber andererseits auch wieder in manchen Bezirken, besonders in landwirtschaftlichen Gegenden nur langsam und ganz allmählich Fuß zu fassen vermag.

In Umstellung der Tagesordnung sprach Fürsorgerat Woldrich über die „Mithilfe der Frauen bei der Kinderschutzwoche" Sodann trug Organisator Theimer den Entwurf einer „Geschäftsordnung der Frauenausschüsse" vor. Den Schluß der Tagung bildeten Referate über die Betätigungsmöglichkeiten der Frauen und eine lebhafte Debatte.

Volkswirtschaft.

Der Streik der Porzellanarbeiter.

Was der Arbeitgeberverband der Porzellanindustriellen seinen Arbeitern zur Verbesserung ihrer Lebenslage anbietet.

Die gegenwärtig in der Porzellanindustrie in der ersten Tarifklasse in Geltung stehenden Mindeststundenlöhne für Akkordlöhner bewegen sich bei den männlichen Kategorien von Kč 2.50 bis Kč 4.— bei den weiblichen Kategorien von Kč 1.30 bis Kč 1.60. Eine Durchrechnung der tatsächlich bezahlten Löhne hat ergeben, daß die männlichen Kategorien 41 Prozent, die weiblichen Kategorien 31 Prozent durchschnittlich höhere Verdienste erzielen als die derzeitigen fixierten Mindestlohnsätze für Akkordlöhner ausmachen.

Vergleichen wir nun die uns vom Arbeitgeberverband in Vorschlag gebrachten Mindestlohnsätze mit den gegenwärtig in Kraft befindlichen, so kommen wir zu folgendem überraschenden Resultat:

Bei den 20 männlichen Kategorien würden die jetzt bestehenden Mindestdurchschnittsverdienste für Akkordlöhner eine 8½prozentige Erhöhung erfahren, bei den 14 weiblichen Kategorien 8 Prozent.

Nach Abschlag von 10 und 15 Prozent des neuen Mindestdurchschnittsverdienstes für Akkordlöhner über und unter 18 Jahren ändern sich die jetzigen Sätze für die Stundenlöhne in folgender Weise:

a) für Arbeiter über 18 Jahren:

12 männliche Kategorien erhalten eine Erhöhung ihrer gegenwärtigen Mindeststundenlöhne von 10 Prozent,

7 Kategorien eine Erniedrigung von 5 Prozent.

b) für Arbeiter unter 18 Jahren:

16 männliche Kategorien erhalten eine Erhöhung ihrer gegenwärtigen Mindeststundenlöhne von 13½ Prozent.

5 Kategorien eine Erniedrigung von 6 Prozent.

a) für Arbeiterinnen über 18 Jahren:

9 weibliche Kategorien erhalten eine Erhöhung ihrer gegenwärtigen Mindeststundenlöhne von 3½ Prozent.

6 Kategorien eine Erniedrigung von 9 Prozent.

b) für Arbeiterinnen unter 18 Jahren:

9 weibliche Kategorien erhalten eine Erhöhung ihrer gegenwärtigen Mindeststundenlöhne von 9 Prozent.

6 Kategorien eine Erniedrigung von 8 Prozent.

Dieses herrliche Angebot sollten nun die Vertreter der Arbeiterschaft, nach Meinung der Unternehmer akzeptieren und der Arbeiterschaft als eine Errungenschaft einreden, was selbstverständlich abgelehnt wurde.

In jenen Betrieben, welche heute schon die Arbeiter so erbärmlich elend entlohnen, daß sie nicht einmal mehr die Minimallohnsätze erreichen, würde durch die Akzeptierung des Vorschlages der Unternehmer ja eine kleine Lohnerhöhung eingetreten, vorausgesetzt daß dieselben auch die vertraglichen Bestimmungen einhalten. Die Mehrzahl der Arbeiter, die heute weit mehr als die festgesetzten Mindestlöhne verdienen, würde vollständig leerausgehen.

Wer den Tiefstand der Löhne und die ungeheure Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in den Porzellanbetrieben kennt, wird uns beipflichten müssen, daß der Vorschlag der Unternehmer nicht angenommen werden konnte.

Die Durchschnittsstundenlöhne in der Porzellanindustrie sind derzeit folgende:

Bei den Akkordlöhnern K 2.69, u. zw. männl. K 3.81, weibl. K 2.02, Stunden- und Taglöhnerinnen K 2.12, u. zw. männl. K 2.74, weibl. K 1.54, Wochenlöhner K 3.37, u. zw. männl. K 3.42, weibl. K 2.15.

Der Durchschnittsverdienst pro Stunde für sämtliche männlichen und weiblichen Kategorien beträgt K 2.47.

Aus diesen Ziffern kann die Oeffentlichkeit ermessen, wie herrlich unsere Arbeiter mit diesen Löhnen leben können und wird nun begreifen, warum 50 Prozent unserer Porzellanarbeiterschaft an der Tuberkulose zu Grunde geht.

Nur eine generelle Lohnerhöhung, an der die gesamte Porzellanarbeiterschaft partizipiert, kann bei der enormen Teuerung, welche unsere Arbeiter ertragen müssen, eine Erleichterung der Gesamtlage herbeiführen.

Eine weitere Verschlechterung soll dadurch herbeigeführt werden, daß die ganzen Betriebe, welche technische Artikel erzeugen, von der ersten in die zweite Tarifklasse verschoben werden sollen, was für mindestens zweitausend Arbeiter eine weitere materielle Verschlechterung nach sich ziehen muß.

Diesen unerhörten Zumutungen zu begegnen, hat die Arbeiterschaft der Porzellanindustrie, nachdem alle weiteren Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft waren, zum letzten Mittel — zum Streikgreifen müssen. Sie wird so lange darin verharren, bis auch die Arbeitgeber einsehen werden, daß sie mit solchen Methoden nicht zum Ziele kommen. Die Arbeiterschaft war immer bereit, zu verhandeln und ist es auch heute noch, doch unmögliches zu tun, darf auch ihr nicht zugemutet werden.

Die Arbeitslosigkeit im Juli. Nach Mitteilung des Statistischen Staatsamtes betrug die Gesamtzahl der Arbeitslosen in der Tschechoslowakischen Republik Ende Juli 79.036 Personen (Ende Juni 87.027), direkt unterstützt vom Staate wurden 10.506 und durch die Unternehmungen 14.265 Personen. Die Zahl der freien Stellen betrug 18.055.

Kunst und Wissen.

Deutsche und französische Graphik.

Ausstellung im Rudolfinum.

Wenn man streng sein will, muß man feststellen, daß der Ausstellung deutscher und französischer Graphik im Rudolfinum jene Ausgeglichenheit fehlt, die ein richtiges Bild von dem gegenwärtigen Kunstschaffen in beiden Ländern geben könnte. Einesteils ist Künstlern, deren Charakterbild noch gar nicht so feststeht, mehr Raum eingeräumt worden, als ihnen in einer Kollektivausstellung ihrer Bedeutung gemäß zukäme (Corinth ist z. B. nur mit einem Blatt, Slevogt überhaupt nicht, dagegen Chagall mit einunddreißig, Zenin mit siebenundzwanzig Blättern vertreten) anderenteils bietet die Art der Aufhängung wenig Möglichkeit, Verwandtes zusammenzufassen und Zusammenhänge aufspüren zu können, was einen viel nachhaltigeren Eindruck der Ausstellung verbürgen würde. Wenn man aber bedenkt, daß gleich der erste Saal einen mit 16 bedeutenden Blättern Barlache bekannt macht, verzeiht man das, da diese allein die Ausstellung sehenswert machen. Barlach gehört heute zu den auserlesensten Erscheinungen des jungen Deutschland. Zuerst Bildhauer, — seine Holzfiguren haben schon lange vor dem Krieg auf ihn aufmerksam gemacht, — trat er später auch als Graphiker auf und steht heute auf diesem Gebiete als ein Großer und Einsamer da. (Als Dramendichter hatte Barlach gerade jetzt in Deutschland große Erfolge.) Seine Liniensprache ist von jener Herbheit, Einfachheit und Feierlichkeit, die dem Ernst seiner Themen angemessen sind. Tod und Verklärung, Empörung und Elend schildert der Künstler auf seine Art: eindringlich und mit gehobener Stimme. Wie in vielem erinnert Barlach, besonders in der Lithographie Nr. 8 (Empörung) an einen ihm seelenverwandten anderen deutschen Graphiker, den in Berlin lebenden Ludwig Meidner, dessen Radierung Nr. 185 (Porträt des Schauspielers Klöpfer) und das radierte Selbstbildnis mit zu dem Besten der Ausstellung gehören. Von Liebermann sieht man das bekannte Porträt Karl Kautskys, eine große Lithographie „Steigende Pferde", eine meisterhaft gelungene Bewegungsstudie und dann sein rediertes Selbstporträt aus dem Jahre 1921, darin sich der greise Maler mit jener Wahrheit schildert, die ein Hauptwesenszug seines ganzen Schaffens ausmacht und ihm Ewigkeitswert verleiht. Die Wand gegenüber dem tiefernsten Barlach ist Marc Chagall eingeräumt, einem in Paris lebenden Ostjuden, einem sehr talentvollen, originellen Künstler, dem man jedoch eine gewisse Spielerei und Koketterie anmerkt. Formal wurzelt Chagall in der französischen Moderne und im deutschen Expressionismus thematisch in seinem russischen Milieu, und das Resultat dieser Kreuzung ist eine für blasierte Kunstgenießer pikante Erscheinung, für die die Einheit von Zeit und Raum im Bilde nicht existiert, in dessen Darstellung die Menschen auf dem Kopfe stehen, eine Ochsenkarre durch die Luft streicht, und andere märchenhafte Dinge sich begeben. Formal sind Chagalls Blätter reich an Poesie z. B. die Schilderungen aus seinem Leben Nr. 27 und 32, und legitimieren ihn zur Genüge als begabten Künstler, doch entfernt er sich immer dort von dieser Legitimität, wo er Mittel eines anderen Kunstbereichs (hier der Poesie) in der Malerei anzuwenden versucht. Genin, Chagalls Landsmann, auch in Paris gebildet, ist wohl eine viel schwächere Persönlichkeit. Seine Blätter haben zuweilen etwas Süßliches, aber immer etwas Anziehendes, wenn man ihnen auch allzu viel Selbständigkeit in der Auffassung nicht einräumen kann. Der Bildhauer Kolbe ist mit sieben scharf gesehenen Akten vertreten, Moissy Kogan mit sehr dekorativen, an griechische Vasenbilder gemahnenden Holzschnitten, der jung verstorbene, sehr begabte Bildhauer Lehmbruck mit einem vorzüglichen Kopf Theodor Däublers, Purrmann mit einigen Damenbildnissen von fast Miniaturformat vertreten. Oskar Kokoschka hat sechs bereits bekannte Lithographien da, von denen das Porträt Maria Oroslas und der tote Altenberg am eindringlichsten wirken. Der junge Wiener Ehrlich, dem man schon voriges Jahr in Berlin begegnen konnte, ist ein frühaufsteigendes Talent, dem Munch viel zu sagen hatte, in dessen Frauenbildnissen etwas zu süßliche Melancholie aber auch Charakterisierungskunst sich verrät. Beckmann, Hofer, Pechstein, die Führer der jungen Generation, sind nicht gerade zu ihrem Vorteil in dieser Kollektion vertreten. Unter den Franzosen wissen nur Vlaminck und Picasso zu fesseln, jener durch eine prächtige farbige Lithographie Nr. 233 und 234. Dieser durch sein Blatt 203 „Die Nomaden" und einige ganz im Stile der Klassizisten gehaltenen Akte. Marie Laurencin vertritt heute in der französischen Kunst eine Art Rokoko, zumindest schuf sie sich in ihren schlanken, aufgepuderten Puppchen, ihren schlanken Hunden und grazilen Reiterinnen eine eigene, anmutige Note.

Anschließend zeigt der Wiener Kunstverlag Schroll Reproduktionen von Handzeichnungen berühmter Meister aus dem Bestande der in der Welt an erster Stelle stehenden Albertina-Sammlung, die ob ihrer Billigkeit bei tadelloser Farben-Wiedergabe und peinlich technischen Ausgestaltung auch dem Minderbemittelten die Möglichkeit gewähren, Werke von unschätzbarem Wert in einwandfreiem Ersatz in seine Stube aufhängen zu können. H. F.

Eröffnung der Herbstsaison in den Prager Konzertsälen. Vorläufig tröpfelt es nur vom Prager Herbst-Konzerthimmel, aber die überreichen Konzert-Vorankündigungen für den Monat Oktober verheißen, daß es wieder wie in der vorigen Saison Konzerte regnen wird. Wir halten es für unsere

Pflicht, im Interesse der Kunst und der sie übenden Künstler gleich zu Beginn der Saison auf das Gefahrvolle planlos gehäufter Konzerte hinzuweisen und den Prager Konzertunternehmern nahezulegen, ihre Veranstaltungen auf dem Gebiete der Tonkunst im gegenseitigen Einvernehmen ins Werk zu setzen, damit wenigstens heuer die im Vorjahre zur Regel gewordenen Doppel- und Tripelkonzerte an ein und demselben Abend vermieden werden. Wenn anders die eheste Ueberſättigung des Publikums und der finanzielle Krach im Konzertbetriebe unvermeidlich ist. Denn der Konzertunternehmer, Konzertdirektionen, Konzertarrangeure und Konzertvermittler sind in der neuen Saison nicht weniger geworden; einzelne haben sogar ihren Tätigkeitskreis bedeutend erweitert und erhoffen sich künstlerische und materielle Erfolge, die bei einer planlosen Konzertgebarung ins Blaue hinein unbedingt ausbleiben müssen. Auch eine Revision der Preisbildung im Konzertbetriebe wird im eigenen finanziellen Interesse der Konzertunternehmer und zum Wohle der am meisten kunstbedürftigen mittleren und niederen Bevölkerungsschichten zu erwägen sein. Die bisherigen Ereignisse in den Prager Konzertsälen standen im Zeichen reproduktiver (nachschaffender) fremder Kunst. Zunächst ließ sich der russische Tenorist Dimitrij **Smirnov** in einem Arien- und Liederabend hören. Smirnov ist nicht nur ein vollendeter Gesangskünstler, dem die Stimme als gefügiges Tonwerkzeug untertan ist und dessen aus der italienischen Schule hervorgegangene Gesangstechnik ausgeglichenste Gesangskultur verrät, sondern auch ein mit dem Verstande und Herzen gestaltender Sänger. Daß sich seine stärkste persönliche Note im Vortrage russischer Liedschöpfungen, vor allem des russischen Nationalliedes offenbart, ist nur selbstverständlich. Als Gesangstechniker ersten Ranges und Gesangs-Vortragskünstler von eindringlicher Gestaltungskraft erwies sich wieder Smirnovs Landsmann und Kollege vom Baßfache Georg **Baklanoff** in seinem vor der Abreise nach Amerika veranstalteten Abschiedskonzerte, wenn auch nicht zu übersehen war, daß von diesem eminenten Sänger noch viel stärkere Wirkungen auf der Bühne ausgehen als im nüchternen Konzertsaale; auch die Zeit ist nicht spurlos an Baklanoffs blühendem Stimmaterial vorübergegangen. Trotzdem aber schlägt dieser russische Meistersänger auch heute noch die Mehrzahl konzertierender Bassisten aus dem Felde, weil seine Gesangskunst persönliche Offenbarung ist, die aus der restlosen Hingabe an die Sache und vollkommenen Ausdeutung des Inhaltes der Lieder und Arien entspringt. Mit Alexander Zemlinsky als gleichfühlendem und von gleich künstlerischer Inbrunst erfülltem Begleiter am Flügel konnte sich Baklanoff ganz in seiner reichen Kunst ausleben. Im ersten Sonderkonzerte der **tschechischen Philharmonie** dirigierte als Gast der Dirigent des Pariser „Lamoureux“-Orchesters Paul **Baray** Werke älterer und neuerer Richtung von Beethoven, Smetana, Saint-Saens, Ducas, Rabaud etc. Zu bewundern ist vor allem die Vielseitigkeit dieses Meisters des Taktstockes und die erstaunliche Einfühlungsfähigkeit desselben in Werke der verschiedensten Stilrichtungen in unmittelbarer Aufeinanderfolge. Kapellmeistertechnisch, vor allem in der blendenden Ausnützung des Rhythmischen, ist dieser Dirigent zweifellos ein ganz großer Könner; die große Linie im Aufbaue der Werke aber und ihre völlige geistige Ausdeutung liegt seinem romanischen Wesen ferner. —ek.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert **Optiker Deutsch**, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.
1332

2924

885 K kostet ein Damen-Mantel aus **Seiden-Plüsch**, ganz auf Seide gearbeitet (Facon Diskus) bei **Busch**, Damen und Backfisch-Konfektion en gros u. en detail, **Prag** Příkopy 27 (Mitte des Grabens) **Großer Bazar — nur 1. Stock.** Keine Schaufenster.
2957

Sonaten-Abend Schweyda-Langer. Auch Willy Schweyda ist in der klassischen Sonate weit besser daheim als in der modernen und jüngsten. Waren technisch seine Leistungen in Beethoven, Reger und Hindemith durchaus gleich gut, so merkte man doch, daß die Beethovensche A-Dur ihm gefühlsmäßig besser lag als Hindemiths Tanz-Sonate. Die Klavierbegleitung Franz Langers war wie immer künstlerisch einwandfrei. Das Spiel beider Künstler bot doppelten Genuß, weil es, auf Virtuosenmätzchen verzichtend, reine abgeklärte Kunst bot. k.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute halb 3 Uhr Arbeitervorstellung „Othello“, abends „Frau im Hermelin“; Montag, halb 8 Uhr „Holländer“; Dienstag „Chevalier Seingalt“; Mittwoch „Entführung aus dem Serail“; Donnerstag „Polenblut“; Freitag neueinstudiert „Ariadne auf Naxos“; Samstag „Weib im Purpur“; Sonntag halb 3 Uhr Staatsbeamten „Vetter aus Dingsda“, abends „Ariadne auf Naxos“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute 3 Uhr „Kolportage“, abends „Wer weint um Juckenack?“; Montag „Sprung in die Ehe“; Dienstag „Pariser Leben“; Mittwoch „Pariser Leben“; Donnerstag „Deutsche Kleinstädter“; Freitag „Pariser Leben“; Samstag Premiere „Prozeß Bunterbart“; Sonntag 3 Uhr „Frühlingserwachen“, abends „Prozeß Bunterbart“.

Konzerte: Heute, halb 4 Uhr, Italienische Serenata, Produktenbörse. — E. **Mainardi** wird am 10. d. mit Dr. Teller am Klavier ein Konzert mit neuem Programme in der Börse veranstalten.

Vereinsnachrichten.

Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag. Mittwoch, den 8. Oktober 1924, abends 8 Uhr, Verein deutscher Arbeiter, Smečka 27, wichtige Sitzung der Ortsgruppenleitung. 2955

Urania.

Wochenprogramm.

Heute: „Wanderbund Kosmos“. Gruppe W, Treffpunkt: 5.45 Uhr, Masarykbahnhof: Lobosch—Elbetal. Gruppe B, 10 Uhr, Endstation der 17er Linie Vraník; Wanderung Zbraslav—Wran. Gruppe D, Halbtagswanderung 1.45 Uhr, Masarykbahnhof: Sele—Dablic—Kobylis. Abzeichen anstecken!

Heute, halb 11 Uhr „Mit Kamera und Büchse“, Kulturfilm mit Vortrag, Ing. Klimsch (Aussig).

Heute, 4 Uhr: „Von der Ostsee bis zum Stillen Ozean“, Lichtbildervortrag, Univ.-Prof. Halm (Wien).

Montag, 10 Uhr vorm.: Beginn der Kurse für „Höhere Frauen- und Mädchenbildung“.

Montag, 8 Uhr: „Mit Kamera und Büchse“, Kulturfilm mit Vortrag.

Dienstag, 8 Uhr: „Ruhr and Rhine an unrest in Europe“, Miß Gladys Binder. (Der Vortrag wird übersetzt.) Gemeinsam mit der „Deutschen Frauenliga“.

Donnerstag, 8 Uhr: „Edelstein- und Glasschnitt in alter und neuer Zeit“ mit Lichtbildern, Museumsdirektor Pazaurek (Stuttgart).

Freitig, ½7 Uhr: „Goethe“, 2.: „Empfindsamkeit“ (Werther), Kirchenrat Dr. Zilchert.

Freitag, 8 Uhr: „Heiterer Abend“ (zwei Stunden Lachen), Dr. Robert Weil-Homunkulus (Wien).

Samstag, 3 Uhr: Kulturfilmvorführung.

Samstag, 8 Uhr: „Malaria als Heilfaktor“ (Die Syphilisbehandlung durch Malaria), Hofrat Prof. Wagner-Jauregg (Wien).

Karten zu allen Veranstaltungen, Mitgliedsanmeldungen und Erneuerungen täglich Urania- und Biokasse, Smečky 22, halb 10 bis 1 und 3 bis 7 Uhr.

Kurse für höhere Frauen- und Mädchenbildung. Beginn: Montag, 6. d. Aufnahme bis 20. Oktober. Anmeldungen täglich 11 bis halb 1 Uhr, Urania-Kanzlei. 2967

Pola Negri! spielt im „Wran-Urania-Kino die Hauptrolle in dem großen Sensationsfilm „Das Brandmal“. Dazu ein Lustspiel: „Was ein Ei verschulden kann mit einem aufregen 8 Uhr, morgennach-W!:,UMLWh BFSKPZ CRZ den, lustigen Kampf in den Lüften. Heute 3, halb 6 und 8 Uhr. 2968

Aus der Partei.

Lokalorganisation Weinberge Nusle Vršovice. Dienstag, den 7. Oktober, abends 8 Uhr, Vollversammlung. Erscheinen aller nötig.

Turnen und Sport.

Heutige Wettspiele in Prag. Meisterschaft erster Klasse: Slavia gegen Sparta, Sparta Košíře gegen SK. Libeň, Malostranský SK. gegen Praha VII, Meteor Vinohrady gegen Viktoria Nusle. In Kladno: Sparta Kladno gegen Viktoria Vinohrady. — Freundschaftsspiele: Nuselský SK. gegen AFK. Vršovice, Slavoj VIII gegen Deutsche Sportbrüder. — Im Slavia—Sparta-Meisterschaftsspiel dürften einander heute folgende Teams gegenüberstehen Slavia: Staplik: Kummermann, Seifert; Kuchař, Pleticha, Hlinak, Dobiaš, Stapl, Silny oder Beran, Soltys, Kratochvil. Sparta: Hochmann; Perner, Steiner; Štěpan, Kada, Červeny; Horejš, Přiboj oder Poladek, Kolenaty, Dvořáček, Šimonek. Das Spiel leitet Schiedsrichter Straka. Beginn 15.30 Uhr, vorher, 14 Uhr: Union VII gegen Slavia Reserve.

Leichtathletik. (Weltrekorde.) Die international anerkannte Weltrekordtabelle umfaßt insgesamt 66 diverse Events, welche sich wie folgt auf die einzelnen Länder verteilen: Amerika 28, England 13, Finnland 14, Schweden 4, Frankreich 3, Kanada 2. Persönlich ist der Finnländer Nurmi allein Inhaber von elf Weltrekords (bis Mitte September), der Amerikaner Paddock von sieben und der Engländer Shrubb von fünf. Die Verteilung der einzelnen Rekords auf die diversen Länder lautet: Amerika: 28 Rekords, und zwar: Paddock sieben Rekords (100 Meter, 150 und 200 y, 200 Meter, 220, 300 y, 300 Meter); Meredith: drei Rekords (440 Meter, 880 y, 800 Meter); Brown: drei Rekords (500 Meter, 550 und 1000 y); Baker (600 Meter); Duffey (100 y); Sheppard (600 y); Cormeff (1320 y); Hillman (200 Meter Hürden); Brookins (200 y Hürden); Loomis (400 Meter Hürden); Norton (440 y Hürden). Die Mannschaft der Vereinigten Staaten besitzt übrigens sieben Weltrekords im Staffellaufen (4×100 Meter, 4×400 Meter, 2 Meilen, 440 y, 4 Meilen, 800 Meter (4×200 Meter), 1 Meile. England: Shrubb fünf Rekords (2 Meilen, 7, 8, 9, 10 Meilen); Appleby drei Rekords (13, 14 und 15 Meilen); Liddell (400 Meter); Thomas (12 Meilen); Großland (20 Meilen); Green (25 Meilen); Squires (30 Meilen); Dixon (40 Meilen); Lloyd (50 Meilen). Finnland: 14 Rekords. Nurmi elf Rekords (1500, 1600, 2000, 3000 Meter, 3 Meilen, 5000 Meter, 4, 5, 6 Meilen, 10.000 Meter, ½ Stunde); Steenroos zwei Rekords (20 und 30 Kilometer); Kohlemainen (25 Kilometer). Schweden: vier Rekords. Lindberg (150 Meter); Lundgreen (1000 Meter); Wide (2500 Meter); die schwedische Mannschaft hält den Rekord in der 1000 Meter-Staffel. Frankreich: drei Rekords. Jean Bouin: drei Rekords (15 Kilometer, 11 Meilen, 1 Stunde). Kanada: zwei Rekords. Thomson: zwei Rekords (120 y und 110 Meter Hürden).

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Nießner.
Druck: Deutsche Zeitungs-A.-G, Prag
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

TEEKANNE
„der Gehaltvolle“,
DESHALB DER BILLIGSTE u. ZUGLEICH
DER FEINSTE TEE IM VERBRAUCH
2932

Die
Sensation des Tages:
reinseidene Binden **Kč 25.-**
VIGO
* Celetná 2 *
2956

SO sieht der echte **„GEC“ Feigenkaffee** aus!
Erhältlich in allen Konsumvereinen!

Verlangen Sie die führenden amerikan. prima Schweine-Schmalzmarken und schönsten Speckschnitte
„Apec“ und „Morrell“
1801 Vertreter für die Čechoslowakei:
Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33.
Drahtanschrift „Rostra“. Telefon 6087.

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Kalla's Fischkonserven
werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall **bevorzugt.**
Verlangen Sie daher nur 2871
Kalla's Fischkonserven
In allen Konsumvereinen erhältlich.

Piering-Senf u. Essig ist der beste!
zu haben in allen Konsum-Vereinen
641

Inserieren bringt Erfolg!

Verbandstoff-Werke
Telefon Nr. 851/IV. **Teplitz-Schönau** Telefon Nr. 851/IV.
liefern zu konkurrenzlos billigen Preisen sämtliche
Verbandstoffe, Verbandwatten, chirurgische Gummiwaren und medizinische Pflaster.
1527

O-Füße
sind in vielen Fällen nur die Folge steten Tragens schiefgetretener Absätze. Die Benützung von **BERSON Gummi-Absätzen** und **Gummi-Sohlen** schon von Kindheit an, wird diese Mißbildung vermeiden und das Gehen bei schon bestehender ganz bedeutend erleichtern.
2912

Werbet bei jeder Gelegenheit für Euer Parteiblatt den „Sozialdemokrat“!